

Gehört zur Verfügung des
Regierungspräsidenten Düsseldorf
vom 12.02.1989 A.Z. 352-12-02(Dui 534)

Begründung

zum Bebauungsplan Nr. 534 - Kaßlerfeld -
für einen Bereich östlich des Rheindeiches
zwischen der Ruhr und der Autobahn Duisburg-
Venlo (A 2/E 3)

- STAND: MAI 1989 -

Gliederung

1. Allgemeines

- 1.1 Ziele und Zwecke der Planung
- 1.2 Bestehendes Planungsrecht
- 1.3 Situationsbeschreibung

2. Vorgaben und Bindungen

- 2.1 Flächennutzungsplan
- 2.2 Sonstige Vorgaben

3. Bürgerbeteiligung

- 3.1 Auswertung der Bürgerbeteiligung

4. Geplante Nutzungen und Abwägungskriterien

- 4.1 Eingeschränktes Industriegebiet (Gie)
 - 4.1.1 Gründe für die Ausweisung des Industriegebietes
 - 4.1.2 Erläuterung der Ausweisung im Bebauungsplan
 - 4.1.3 Nutzungseinschränkungen bzw. Nutzungsbeschränkungen des Industriegebietes
- 4.2 Verkehrliche Erschließung
- 4.3 Ver- und Entsorgung
- 4.4 Wasserwirtschaft
 - 4.4.1 Deiche/Deichschutzzonen
 - 4.4.2 Drängewasser
 - 4.4.3 Grundwasserbrunnen
- 4.5 Waldflächen
- 4.6 Fläche für die Landwirtschaft
- 4.7 Immissionen und Immissionsschutz
 - 4.7.1 Immissionssituation durch luftverunreinigende Stoffe im Planbereich
 - 4.7.2 Lärmimmissionen
 - 4.7.3 Abstände und Schutzmaßnahmen zu benachbarten Wohngebieten
- 4.8 Stadtklimatische Auswirkungen
- 4.9 Altablagerungen/Altlasten
- 4.10 Beurteilung der Freifläche einschließlich des vorhandenen Feuchtbiotopes
- 4.11 Maßnahmen zum Ausgleich der Auswirkungen auf den Naturhaushalt

5. Zusammenfassende Darstellung des Abwägungsprozesses

6. Flächenbilanz zum Bebauungsplan Nr. 534
7. Kosten
8. Textliche Festsetzungen und Aufhebungsvermerk

1. Allgemeines

1.1 Ziele und Zwecke der Planung

Der Bereich westlich des vorhandenen Betriebsgeländes der Erdölraffinerie Duisburg (ERD) zwischen A 2, Rheindeich und Ruhrdeich war ursprünglich als Erweiterungsfläche für die ERD vorgesehen.

Auf dieser Fläche soll nunmehr wegen ihrer verkehrsgünstigen Lage zu den Verkehrsträgern Wasser, Schiene und Straße insbesondere ein Güterverkehrszentrum angesiedelt werden, welches das Dienstleistungsangebot der dem Strukturwandel unterworfenen öffentlichen Duisburg-Ruhrorter Häfen ergänzt und dadurch deren Konkurrenzfähigkeit im Wettbewerb besonders mit anderen Rhein- bzw. niederländischen und belgischen Rhein-See-Häfen stärkt.

Planungsrechtliche Voraussetzung hierfür ist die Aufstellung des vorliegenden Bebauungsplanes Nr. 534 - Kaßlerfeld -.

Die Plangebietsabgrenzung wurde so gewählt, daß nicht nur die eigentliche geplante Industriefläche, sondern auch die angrenzenden Nutzungen (Deiche, Waldflächen) und die verkehrliche Erschließung planungsrechtlich gesichert werden.

1.2 Bestehendes Planungsrecht

- Für den betreffenden Bereich besteht kein rechtsverbindlicher Bebauungsplan.

1.3 Situationsbeschreibung

Das Plangebiet liegt im Westen des Ortsteils Kaßlerfeld.

Begrenzt wird es in abschirmender Weise im Westen durch den bewaldeten Rheindeich, im Norden durch den bewaldeten Ruhrdeich, im Süden durch die hochgelegene A 2 und im Osten durch das Betriebsgelände der ERD.

Großräumig umgeben ist es im Westen durch den Rhein und das Rheinvorland, im Norden durch die Ruhr bzw. das Hafengebiet, im Süden durch den hinter der A 2 gelegenen Ortsteil Neuerkamp und im Osten durch das sich in östlicher Richtung anschließende bebaute Industriegelände der ERD.

Wohnhäuser bzw. Wohngebiete sind vom geplanten Industriegebiet wie folgt entfernt:

im Norden

- 700 m Wohnbebauung Ruhrort (Kasteelstraße)

im Osten

- 600 m Wohnbebauung Am Blumerkampshof
- 1.400 m Wohngebiet Kaßlerfeld

im Süden

- 200 m Wohngebiet Neuerkamp (In der Rheinau)

im Westen

- 700 m Wohngebiet Essenberg (Wilhelmsallee)
- 900 m Wohngebiet Alt-Homberg (Friedrichstraße)

Das Plangebiet umfaßt im wesentlichen eine ca. 26 ha große, im Eigentum der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG, stehende Freifläche, an der der ERD seit 1957 ein Erbbaurecht bestellt ist.

Ursprünglich sollten Anfang dieses Jahrhunderts u. a. im Bereich dieser Fläche weitere Hafenbecken angelegt werden.

Mit dem Bau eines Stichkanals ist zwar begonnen, von einem weiteren Ausbau dann jedoch abgesehen worden (ehem. "Jägerloch"). Dieses sog. "Jägerloch" wurde zwischenzeitlich verfüllt.

Heute stellt sich dieser Bereich als ein weitgehend ungenutztes, brachliegendes Gelände dar, das hauptsächlich bewachsen ist mit Ruderalpflanzen, die auf stickstoffreichen Schuttplätzen gedeihen.

Trockene Standorte wechseln mit feuchteren Standorten. Diese Stellen, Wagenspuren und Mulden sind Lebensräume für hier vorkommende Amphibien (Kreuzkröte).

Verteilt über die Brachfläche sind einzelne Sträucher - überwiegend Holunder - zu finden.

Ferner liegt in dieser Brachfläche ein künstlich angelegtes Kleingewässer, das mit Fischen besetzt ist und zur Entenjagd genutzt wird. Die Anlegung durch einen Privatmann ist von der ERD vorübergehend bzw. befristet gestattet worden.

Die Gesamtfläche ist auch Rast- und Nahrungsbiotop für verschiedene Vogelarten.

Ferner werden kleinere Bereiche des Geländes zum Abstellen von Baugeräten (Kräne, Container) und zur Lagerung von Baumaterialien genutzt.

Die gesamte Fläche ist eingezäunt und somit der Öffentlichkeit nicht zugänglich.

2. Vorgaben und Bindungen

2.1 Flächennutzungsplan

Für den vorliegenden Bebauungsplanbereich stellt der Flächennutzungsplan (FNP) folgende Nutzungen dar:

- Industriegebiet (GI)
- Fläche für die Forstwirtschaft
- Fläche für die Landwirtschaft

als nachrichtliche Übernahme

- Landschaftsschutzgebiet und Verbandsgrünfläche
- Deichschutzzone
- Überschwemmungsgebiet
- Oberirdische Versorgungsleitung, Hochspannungsfreileitung
(ab 110 kV)

Ferner ist entlang der nördlichen Böschung der Autobahn A 2 eine Linie dargestellt, wonach

- für die beiderseits dieser Linie gelegene Wohnnutzung und gewerbliche Nutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen - soweit erforderlich - Vorkehrungen und Nutzungsgliederungen bzw. -beschränkungen zum Schutze gegen schädliche Umwelteinwirkungen getroffen werden sollen.

Der Bebauungsplan ist aus dem Flächennutzungsplan (FNP) entwickelt.

Der FNP, der mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung abgestimmt ist, wurde am 10.01.1986 wirksam.

2.2 Sonstige Vorgaben

Die weiteren Vorgaben hinsichtlich der

- Deichschutzzonen
- Einzugsgebiete der Grundwasserbrunnen im nördlichen Planbereich
- Waldschutzzonen
- Landschaftsschutzgebiete
- Verbandsgrünfläche
- Anbauverbots- bzw. Anbaubeschränkungszone entlang der Bundesautobahn A 2

sind berücksichtigt und in den nachfolgenden Abschnitten erläutert.

3. Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der ersten Planungsphase wurde ein Nutzungskonzept zur "Planung Jägerloch" den Bürgern in einer Informationsveranstaltung der Verwaltung am 10.10.1988 vorgestellt.

Die Niederschrift über diese Informationsveranstaltung ist dieser Begründung als Anlage 1 beigelegt.

Mit den Informationen aus dieser Veranstaltung wurde der vorliegende Bebauungsplanentwurf Nr. 534 - Kaßlerfeld - erarbeitet. Die Beteiligung der Bürger an diesem Bebauungsplan gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch und zugleich die Unterrichtung der Einwohner gemäß § 6 b Gemeindeordnung NW wurde am 15.11.1988 im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt durchgeführt.

Die Niederschrift über diese Bürgerbeteiligung ist dieser Begründung als Anlage 2 beigelegt.

3.1 Auswertung der Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung

Zu den von den Bürgern in den beiden Veranstaltungen geäußerten Vorstellungen, Wünsche und Fragen hinsichtlich

- a) dem Erhalt des gesamten Bereiches "Jägerloch" als Freifläche bzw. der Ausweisung dieser Fläche als öffentliche Grünfläche,
- b) dem Erhalt des vorhandenen Feuchtbiotops sowie des zur Rodung vorgesehenen Waldstreifens im östlichen Randbereich des Rheindeiches und Nutzung des verbleibenden Bereiches als Industriegebiet,
- c) einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP),
- d) der Frischluftzufuhr,
- e) der Ausdehnung der vorgesehenen Nutzungseinschränkung auf die Art der zu lagernden Güter,
- f) der Altlastenuntersuchungen,
- g) der Drängewassersituation,
- h) der Verkehrslärmbelastung,
- i) der Baumschutzsatzung und
- k) der Fluchtwegesituation für die in dem Planbereich zukünftig lebenden und arbeitenden Menschen

wird wie folgt Stellung genommen:

Zu a)

Der Erhalt des Freiraumes wäre nur unter Aufgabe des bisherigen Planungszieles möglich. Im Hinblick auf die notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze außerhalb der Stahlindustrie wird an der bisherigen Zielsetzung festgehalten. Zu den das Planungsziel rechtfertigenden Gründen siehe auch Begründung zum Bebauungsplan, insbesondere Punkt 4.1, 4.10, 4.11 und 5.

Der Anregung soll somit nicht gefolgt werden.

Zu b)

- Feuchtbiotop -

Zunächst muß darauf hingewiesen werden, daß das Gewässer nach Aufgabe der künstlichen Bewässerung durch die ERD trockenfallen wird, mit Ausnahme der Zeiten, wenn aufgrund des Rheinhochwassers Drängewasser ansteht (siehe auch Pkt. 4.10 Ziff. 2 der Begründung).

Unabhängig davon sprechen aber auch weitere Gründe gegen den Erhalt des Gewässers in unmittelbarer Nachbarschaft zur künftigen Industrie-
fläche:

Durch den Erhalt des Feuchtbiotops würde die nutzbare Industrie-
fläche erheblich reduziert. Ein Erhalt des Gewässers in mitten des Industriegebietes wäre darüber hinaus nicht sinnvoll, da die durch die Inanspruchnahme der übrigen Flächen für die Industrie-/Gewerbe-
ansiedlung entstehenden Nachteile für Fauna- und Flora nicht ausgeglichen werden können.

1. Durch den Flächenentzug für die Ansiedlungsvorhaben wird ein erheblicher Teil des Bodens als bisherige Lebensgrundlage für Tiere und Pflanzen dieser Funktion entzogen. Das führt zu einer Schwächung der natürlichen Stabilität und Regenerationsfähigkeit dieses Ökosystems.
2. Bisher liegt das Gewässer inmitten einer großen Brachfläche mit Bezug zum Freiraum. Durch die bauliche Nutzung des Geländes tritt eine Funktionstrennung ein, die dazu führt, daß das Gewässer als "Inselbiotop" inmitten einer neugestalteten Landschaft verbleibt. Der fehlende Bezug zum Freiraum hat eine Artenverarmung des Gewässers zur Folge. Die Verbreitung von Pflanzenarten ist gestört, wenn nicht sogar ganz unterbunden. Ebenso wird die Funktionstrennung eine Verarmung der Tierwelt bedeuten.
3. Für das Gewässer selbst sind neben der unmittelbaren Beeinträchtigung der Lebewesen vor allem Schädigungen des Lebensraumes durch Sekundäreinwirkungen zu erwarten.

a) Unmittelbare Beeinträchtigungen

Beunruhigung durch das Umfeld

Es ist davon auszugehen, daß durch die notwendige Geländean-
schüttung, die Bauabwicklung und den Straßenverkehr (Anliefe-
rung) eine starke Beunruhigung eintritt. Allein hierdurch
verliert das Gewässer seinen Wert als Rast-, Nahrungs- bzw.
Brutbiotop.

Überfahren von Tieren

Durch unmittelbaren Kontakt zum fließenden Verkehr in diesem Gebiet besteht die Gefahr, daß standorttreue Restpopulationen verschiedener Tierarten durch Überfahren dezimiert werden.

b) Sekundäreinwirkungen

Klimaveränderungen

Durch die Errichtung von Hallen und dem Ausbau von Verkehrswegen wird das lokale Kleinklima dahingehend beeinflusst, daß eine Temperaturerhöhung auch im Bereich des Gewässers Auswirkungen auf die Wasserqualität und unmittelbar auf Fauna und Flora haben wird.

Gewässergüte

Das Gewässer selbst ist gefährdet durch Schadstoffe, die durch die Geländeanhöhung und evtl. auch durch den gewerblichen Betrieb eingetragen werden können und die Qualität des Wassers beeinträchtigen können.

Durch den Betrieb des Industriegebietes werden folgende Emissionen verursacht:

- Auspuffgase der Kraftfahrzeuge
- Reifen- und Fahrbahnabrieb des rollenden Verkehrs
- Salzstreuung
- evtl. im Straßenoberflächenwasser angereicherte Kraftstoffverluste, Öl, Ruß u. ä.

Während die Kohlenmonoxide, Stickoxide, Blei sowie der Reifen- und Fahrbahnabrieb vornehmlich aus der Luft in das Gewässer eingetragen werden, werden Salze, Öle und Kraftstoffe über die Bankette in die angrenzenden Ökosysteme eingespült und führen zur biologischen Verödung und zum Absterben bzw. zur Beeinträchtigung der Wasserfauna. Die stofflich-betriebsbedingten Beeinträchtigungen führen insbesondere zum Verlust von Pflanzenarten.

Fazit: Ein Verbleib des Gewässers an der heutigen Stelle im "Hafag-Gelände (Kaßlerfeld)" bringt erhebliche Nachteile für Fauna und Flora mit sich, die nicht ausgeglichen werden können. Die Anlage eines optimal gestalteten Ersatzgewässers an einem anderen geeigneten Standort ist deshalb aus ökologischen Überlegungen dem Erhalt vorzuziehen.

Der Anregung, das Feuchtbiotop innerhalb des gepl. Industriegebietes zu erhalten, soll somit nicht gefolgt werden.

- Waldstreifen -

Im Hinblick auf die Belange des Landschaftsschutzes soll der gesamte im Planbereich vorhandene Wald erhalten bleiben.

Der Anregung wird somit gefolgt.

Zu c)

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen ist gemäß Baugesetzbuch eine gesetzliche Verpflichtung im Rahmen der Bauleitplanung, ohne daß es dazu eines formalisierten Prüfverfahrens bedarf. Die wesentlichen Auswirkungen der Planung auf die Umwelt wurden daher ermittelt und sind in der Begründung zum Bebauungsplan im einzelnen dargelegt (siehe dazu insbesondere Pkt. 4.1.3, 4.2 und 4.7 bis 4.11).

Als Ergebnis kann hiernach festgestellt werden, daß die Inanspruchnahme der Fläche keine Auswirkungen auf die Immissionssituation, das Klima und das Grundwasser hat.

Wegen der Auswirkungen auf das vorhandene Feuchtbiotop sind entsprechende Ersatzmaßnahmen vorgesehen.

Aufgrund der Zunahme des Verkehrslärms an der Straße "Am Blumenkampshof" werden Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt.

Zu d)

Eine Frischluftschneise liegt aufgrund der topographischen Situation des Jägerloch-Geländes (Tieflage, bewaldete Deiche, hochliegende Autobahn A 2, angrenzende industriell genutzten Flächen, zu geringe Größe des Geländes) nicht vor und kann daher auch nicht beeinträchtigt werden.

Nähere Einzelheiten hierzu siehe unter Pkt. 4.8 der Begründung!

Zu e)

Festsetzungen im Bebauungsplan, die das Lagern bestimmter Güter ausschließen oder einschränken, sind rechtlich nicht möglich. Die Frage, ob bestimmte Güter oder Mengen bestimmter Güter nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen und Auflagen gelagert werden dürfen, wäre in den einschlägigen Genehmigungsverfahren der zukünftig anzusiedelnden Betriebe, insbesondere unter der Beteiligung der Gewerbeaufsicht, zu prüfen.

Zu f)

Altlasten bzw. Altablagerungen sind in Teilbereichen des Bebauungsplangebietes vorhanden.

Nach den bisher genommenen Bodenproben im Planbereich wurden hier Bauschutt, Haus- und Kleingewerbemüll gekippt.

Eine konkrete Gefährdungsabschätzung der 3 Gefährdungspfade Wasser, Boden und Luft ist erforderlich und für die Entscheidung, ob das Gelände für die vorgesehene Nutzung geeignet ist, eine zwingende Voraussetzung.

(Das Ergebnis der Altlastenuntersuchung liegt nunmehr seit April 1989 vor und wurde unter Punkt 4.9 dieser Begründung eingearbeitet!)

Zu g)

Die Ortsteile Neuerkamp/Kaßlerfeld werden von drei Seiten von oberirdischen Gewässern umgeben; im Süden vom Außenhafen, im Norden von der Ruhr und im Westen vom Rhein, wobei der Wasserstand in allen drei Gewässern dem Rheinwasserstand entspricht. Gegen Rheinhochwasser sind Neuerkamp und Kaßlerfeld durch Deiche geschützt.

Das Rheinhochwasser kann etwa 3,00 bis 5,50 m höher auflaufen als die durchschnittliche Höhe der Geländeoberfläche in den Ortsteilen. Entsprechend hoch ist der hydrostatische Druck auf der Wasserseite der Deiche. Dieser hydrostatische Druck setzt sich horizontal unter den Deichen fort und bewirkt wegen der guten Durchlässigkeit des Untergrundes unter den Deichen auf der Landseite den Austritt von Drängewasser. An den Stellen in Neuerkamp und Kaßlerfeld, die vergleichsweise tief liegen, tritt dieses Wasser offen zutage oder überschwemmt ungesicherte tiefliegende bauliche Anlagen, z. B. Keller von Wohnhäusern.

Der Bebauungsplanbereich ist wegen seiner Nähe zum Rheindeich von Drängewasser besonders betroffen. Es ist deshalb erforderlich, das Gelände um ca. 1,5 m zu erhöhen.

Das Drängewasser, das bisher wegen der Tieflage des Geländes offen austrat, wird nach der Geländeanschüttung und der Bebauung in die Hohlräume des angeschütteten Bodens eindringen.

Mit dem bisher offenen Austritt von Drängewasser im Plangebiet war kein Auffangeffekt verbunden.

Durch die Erhöhung des Geländes wird die Drängewassersituation im übrigen Neuenkamp/Kaßlerfeld in keiner Weise beeinflusst, d. h. sie wird weder verschlechtert noch verbessert, weil die genannten hydrologischen Gegebenheiten unverändert bleiben.

Zu h)

Es ist davon auszugehen, daß durch die vorgesehene Erschließung des geplanten Industriegebietes eine Zunahme des Lkw-Verkehrs von ca. 50 Lkw/Stunde (Tag u. Nacht) zu erwarten ist. Entsprechende Lärmschutzmaßnahmen an der Straße "Am Blumerkampshof" werden getroffen.

Aufgrund der Vorbelastung der betroffenen Straßenbereiche in Kaßlerfeld werden hier keine Verkehrslärmerhöhungen spürbar.

Aufgrund des vorhandenen Straßennetzes wird der Ortsteil Neuenkamp durch Zu- und Abfahrten nicht betroffen.

Auf weitere Einzelheiten hierzu wird auf Punkt 4.7.2 der Begründung verwiesen.

Zu i)

Die Baumschutzsatzung der Stadt Duisburg findet hier keine Anwendung, da es sich im vorliegenden Fall um Wald im Sinne des § 2 Bundeswaldgesetz und § 1 Landesforstgesetz NW handelt.

Zu k)

Die Fluchtwegesituation für die in dem betreffenden Planbereich zukünftig lebenden bzw. arbeitenden Menschen ist durch die geplanten Erschließungsstraßen sowie durch die Möglichkeit der Fluchtwege über den Rheindeich nach Süden und über den Ruhrdeich nach Osten als ausreichend anzusehen. Die Situation für den Ortsteil Neuenkamp bleibt unverändert.

4. Geplante Nutzungen und Abwägungskriterien

4.1 Eingeschränktes Industriegebiet (G1e)

4.1.1 Gründe für die Ausweisung des Industriegebietes

1. Im Rahmen der Ruhrgebietskonferenz am 24.02.1988 beim Bundeskanzler in Bonn wurden die besonderen Strukturprobleme der Duisburger Wirtschaft durch die Anpassungsprobleme bei Kohle und Stahl anerkannt und eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Beseitigung dieser Strukturschwächen bzw. zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beschlossen. Es besteht daher ein erhöhtes öffentliches Interesse am Abbau der Monostruktur und der Schaffung von neuen zukunftsorientierten Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie. Der Bereitstellung neuer Industrie- und Gewerbeflächen kommt dabei große Bedeutung zu.

2. Als Ergebnis einer erarbeiteten Industrie- und Gewerbeflächenbilanz bestehen in Duisburg akute quantitative und qualitative Engpässe an gewerblichen Bauflächen. Insbesondere bei Industrieflächen stehen derzeit kaum noch geeignete und sofort verfügbare Flächenreserven zur Verfügung.

3. In letzter Zeit häufen sich bei der städtischen Wirtschaftsförderung Anfragen Standortsuchender - namentlich aus dem Bereich "Speditionen und Distributionen" -, die aufgrund der hervorragenden Verkehrsanbindung in Duisburg eine Niederlassung errichten möchten.

Neben Neuansiedlungen besteht in Duisburg nach wie vor ein hoher Bedarf für Erweiterungsvorhaben der örtlichen Wirtschaft sowie für intrakommunale Betriebsverlagerungen. Zur Beseitigung städtebaulicher Mißstände sind Industriebetriebe am Rand oder innerhalb von Wohngebieten herauszunehmen und in dieses Industriegebiet zu verlagern.

4. Im geplanten Industriegebiet ist vorrangig die Ansiedlung eines "Güterverkehrszentrums" kurzfristig vorgesehen.

Der Industriestandort im Jägerlochbereich hat durch seine günstige Anbindung an das Haupt- und Fernstraßennetz sowie durch einen möglichen Gleisanschluß und der Nähe zu den Hafenanlagen eine hohe Standortgunst für derartige Betriebe, die einen wesentlichen Beitrag zur notwendigen Umstrukturierung der Duisburg-Ruhrorter Häfen leisten sollen. Aufgrund der Nähe zu der für den Straßengüterverkehr besonders bedeutsamen A 2 / E 3, der Lage des Geländes zum "Verkehrsträger Wasser", vermittelt durch die Hafengruppen Duisburg und Duisburg-Ruhrort und darüber hinaus der Anbindung an den "Verkehrsträger Schiene" und somit an das Inter-Cargo-Netz der Deutschen Bundesbahn, bietet dieser Bereich besonders gute Voraussetzungen für die Ansiedlung solcher Betriebe, die regional und überregional tätig sind.

5. Standortalternativen stehen derzeit in Duisburg nicht zur Verfügung oder können erst mittelfristig im Rahmen der nun projektierten Erschließung neuer Industrie- und Gewerbegebiete für konkrete Ansiedlungsvorhaben nutzbar gemacht werden.

Unabhängig von den besonderen Standortbedingungen für ein Güterverkehrszentrum stehen die von der Industrie und Bundesbahn in jüngster Zeit für Gewerbe- und Industrieansiedlungen in Duisburg freigegebenen Flächen wie z. B. die Thyssenfläche an der Stepelschen Straße im Stadtbezirk Meiderich - Beeck und das ehemalige Güterbahnhofsgelände Hohenbudberg im Stadtbezirk Rheinhausen wegen verschiedener Probleme (u. a. Altlasten, erforderliche Voruntersuchungen, Erschließung) in den nächsten 2 - 3 Jahren noch nicht für entsprechende Nutzungen zur Verfügung. Ähnliche Probleme bestehen auch

bei dem Gelände der Duisburger Kupferhütte in Hochfeld sowie der Industriebrache der Firma Mannesmann in Huckingen.

Für die Krupp-Fläche in Rheinhausen-Asterlagen müssen noch Vorleistungen für die Ansiedlung von Betrieben erbracht werden (Gestaltungskonzept, innere Erschließung).

Alle für neue Gewerbe- und Industrieansiedlungen in Aussicht genommenen Flächen sind nicht als möglicher Ersatz für den Bereich Jägerloch anzusehen, sondern zusätzlich erforderliche Flächen, auf die die Stadt Duisburg zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dringend angewiesen ist.

6. Die Fläche des Bebauungsplanes ist seit Mitte der 50er Jahre für eine industrielle Nutzung vorgesehen und war demzufolge bereits im Leitplan der Stadt Duisburg, als Vorläufer des heutigen Flächennutzungsplanes, als Industriegebiet dargestellt.

Eine Erweiterung der Raffinerie der ERD in diese Fläche hinein wurde bereits Mitte der 70er Jahre genehmigt; von der Genehmigung wurde dann aber aus betrieblichen Gründen kein Gebrauch mehr gemacht.

4.1.2 Erläuterung der Ausweisung im Bebauungsplan

Im Bebauungsplan ist die ca. 26 ha große Brachfläche als "eingeschränktes Industriegebiet" ausgewiesen.

Das festgesetzte zulässige Maß der baulichen Nutzung entspricht mit einer GRZ von 0.8 und einer BMZ von 9.0 dem höchstzulässigen Maß nach § 17 (1) der Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15.09.1977.

4.1.3 Nutzungseinschränkungen bzw. Nutzungsbeschränkungen des Industriegebietes

1. Im Bebauungsplan sollen hinsichtlich der zulässigen Art der baulichen Nutzung gemäß § 1 (9) in Verbindung mit § 1 (5) der BauNVO Einschränkungen festgesetzt werden.

- Besondere städtebauliche Gründe für die Einschränkung (e) hinsichtlich der zulässigen Art der baulichen Nutzung

Es sollen in dem geplanten Industriegebiet bestimmte Betriebsarten, die als stark emittierende Anlagen einzustufen sind und gemäß § 9 der BauNVO sonst allgemein zulässig wären, ausgeschlossen werden.

Hierbei handelt es sich vor allem um Anlagen der Schwerindustrie (z. B. Kokereien, Hochofenwerke, Stahlwerke, Hüttenanlagen, etc.) und der chemischen Industrie! Näheres siehe unter Punkt 4.7.3 der Begründung.

Die besonderen städtebaulichen Gründe für diese Nutzungseinschränkung sind

- ° der Schutz der umliegenden Wohnbebauung, insbesondere des nahegelegenen Wohngebietes Neuerkamp, vor unverträglichen Immissionen, die die Verträglichkeit zwischen dem Industriestandort und den betroffenen Wohngebieten in Frage stellen könnten, sowie
- ° die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und einer menschenwürdigen Umwelt in dem betroffenen Bereich.

Mit den geplanten Festsetzungen wird der Darstellung im Flächennutzungsplan, nach der

"für die südlich der A 2/E 3 gelegene Wohnnutzung (Ortsteil Neuerkamp) bei der Aufstellung von Bebauungsplänen - soweit erforderlich - Vorkehrungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB und Nutzungsgliederungen bzw. -beschränkungen gemäß § 1 BauNVO zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen getroffen werden sollen"

Rechnung getragen.

Die vorgesehene Einschränkung der Nutzung des Grundstückes ist vor allem in Hinblick auf die Umgebung höher zu bewerten als das Interesse des Eigentümers an einer uneingeschränkten wirtschaftlichen Nutzung seines Grundstückes.

2. Weiterhin sind für das geplante Industriegebiet folgende Nutzungsbeschränkungen zu berücksichtigen:

- Deichschutzzonen
Siehe hierzu Pkt. 2.3 und 4.4.1 der Begründung!
- Einzugsgebiete der Grundwasserbrunnen
Siehe hierzu Pkt. 2.3 und 4.4.3 der Begründung!
- Waldschutzzonen
Siehe hierzu Pkt. 2.3 und 4.5 der Begründung!
- Anbauverbotszone der Autobahn A 2

Baumaßnahmen in der Anbaubeschränkungszone (100 m breit) bedürfen der Zustimmung der obersten Landesstraßenbaubehörde; diese Zustimmung kann nur versagt werden, soweit dies wegen der Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs, der Ausbauabsichten oder der Straßengestaltung nötig ist.

Die Anbauverbotszone (40 m breit) parallel zur A 2, in der keine Baumaßnahmen vorgenommen werden dürfen, liegt innerhalb der ausgewiesenen Waldfläche, so daß das geplante Industriegebiet hiervon nicht betroffen ist.

4.2 Verkehrliche Erschließung

- Äußere Erschließung -

Das Plangebiet ist über die Straßen "Am Blumenkampshof", Kaßlerfelder Straße und "Am Schlütershof" an das örtliche Hauptverkehrsstraßennetz angebunden.

Eine Anbindung an das Fernstraßennetz erfolgt nach Osten über die Kaßlerfelder Straße und die L 239 mit der Anschlußstelle Duisburg-Zentrum an die A 2 und damit an das übrige Autobahnnetz.

Über eine Abfahrtsrampe von der A 2 zu der Straße "Am Schlütershof" ist ferner eine direkte Anbindung für den aus Westen kommenden Fernverkehr vorhanden.

Die äußere Erschließung erfolgt somit im wesentlichen durch vorhandene Industrie- bzw. Gewerbegebiete. Wohngebiete werden hierdurch unmittelbar nicht beeinträchtigt.

- Innere Erschließung -

Die innere Erschließung des geplanten Industriegebietes erfolgt über - im Bebauungsplan nicht festgesetzte - Erschließungsstraßen, die entsprechend den Standortbedingungen bzw. Nutzungsbedürfnissen der anzusiedelnden Gewerbebetriebe gebaut werden sollen.

Eine Verbindung zwischen diesen Straßen und dem öffentlichen Straßennetz erfolgt ebenfalls über eine neu auszubauende Straße in Verlängerung der Straße "Am Blumenkampshof". Sie ist im Bebauungsplan als "private Verkehrsfläche" ausgewiesen.

Sollte es zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich werden, diese Straßen als öffentliche Verkehrsflächen festzusetzen, wird eine vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) -

Die nächstliegenden Anschlußmöglichkeiten an den ÖPNV sind durch die Straßenbahnlinien 901 und in der Hauptverkehrszeit 904 mit

der "Haltestelle Albertstraße"

sowie durch die Buslinie 933 mit der "Haltestelle Am Schlütershof" gegeben.

4.3 Ver- und Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung ist durch vorhandene Grundnetze sichergestellt. Die Abwasserbeseitigung erfolgt über die nordöstlich des Plangebietes liegende Kläranlage Kaßlerfeld.

Da der Grundwasserstand stark abhängig ist vom Wasserstand des Rheines, ist davon auszugehen, daß die Versiegelung der Fläche des Plangebietes zu keiner spürbaren Veränderung des Grundwasserstandes führt. Aus diesem Grund soll auf eine Versickerung des Dachflächenwassers verzichtet werden, zumal diese aus den vorgenannten Gründen zeitweise auf Schwierigkeiten stoßen würde.

4.4 Wasserwirtschaft

4.4.1 - Deiche/Deichschutzzonen -

Der wasserseitige Böschungsfuß des Rhein- und Ruhrdeiches bot sich als sinnvolle Abgrenzung des Plangebietes an und beinhaltet somit auch die vorhandenen Deiche.

Im Bereich des Plangebietes haben die Deiche eine wasserwirtschaftlich nicht erforderliche Überbreite (Rheindeich ca. 80 - 90 m/Ruhrdeich ca. 50 - 60 m).

Zum Schutz der Deiche und Deichanlagen sind Schutzzonen festgelegt, die entsprechend dem jeweiligen Gefährdungsgrad Genehmigungspflichten für bestimmte Maßnahmen vorsehen. Diese Vorschriften sind Bestandteil der Deichschutzverordnung vom 19.01.1982 für den Regierungsbezirk Düsseldorf.

In den einzelnen Schutzzonen sind die Breiten der Schutzstreifen (hier nur landseitig betroffen), gemessen jeweils vom landseitigen "Deichfuß", wie folgt festgelegt:

- Schutzzone I; landseitig = 1,0 m
- " II; landseitig = 10,0 m
- " III; landseitig = 100,0 m

Da infolge der genannten Überbreiten der vorhandenen Deichanlagen die Schutzzone I und II landseitig nicht mehr in Frage kommen, ist nur noch die Schutzzone III von Bedeutung, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Zone vom ursprünglichen, also dem vor der Verbreiterung bestandenen landseitigen Deichfuß aus gemessen wird.

Innerhalb der Schutzzone III bedürfen folgende Handlungen einer deichaufsichtlichen Genehmigung:

1. Die Errichtung oder wesentliche Veränderungen von baulichen Anlagen.
2. Die Errichtung oder Veränderung von Anlagen zur Stein-, Sand-, Kies- oder Tongewinnung.
3. Bohrungen, Vertiefungen der Erdoberfläche, die Entnahme von Erde oder sonstigem Material.

4. Sonstige Maßnahmen, die zu einer Gefährdung der Deichschutzanlagen führen können.

Darüber hinaus dürfen Wasserläufe und Wasserabzugsgräben innerhalb der landseitigen Deichschutzzone nicht tiefer als 0,70 m eingeschnitten werden.

Die Deich-Schutzzone III ist in dem Bebauungsplan nachrichtlich übernommen worden.

4.4.2 - Drängewasser -

Durch Hochwasser des Rheines bzw. der Ruhr ist in dem betreffenden Plangebiet mit Drängewasser zu rechnen.

Das amtlich höchste Drängewasser wurde im Jahre 1926 mit 26,75 m ü. NN registriert. Zu dieser Zeit hatte der Rhein auch seine amtlich höchste Hochwasserführung (HHW).

Das hier betroffene Gelände weist ein Geländeniveau von ca. 26,0 m bis 27,0 m ü. NN auf. Aufgrund des Drängewassers ist es erforderlich, das Gelände um ca. 1,5 m aufzuschütten.

4.4.3 - Grundwasserbrunnen -

Im nördlichen Randbereich des Plangebietes sind fünf Grundwasserbrunnen vorhanden. Diese Brunnen gehören zu einer Brunnengalerie. Das Grundwasser wird zu Kühl-, Lösch- und Brauchwasserzwecken verwendet. Da das Grundwasser durch das Hochwasser an Rhein und Ruhr starken Schwankungen unterliegt, ist zur Sicherung von Aufbauten ein Abstand von etwa 25,0 m bis 30,0 m von den Brunnen einzuhalten, da nicht ausgeschlossen werden kann, daß Bewegungen im Absenkungsbereich Schäden an Gebäuden verursachen können.

Sollten dennoch Gebäude in Brunnennähe errichtet werden, geschieht dies allein auf Verantwortung des Bauherrn.

Diese Einschränkungen gelten nicht für den Straßenbau.

Die betroffenen Brunnen mit ihren Sicherungszonen sind im Bebauungsplan nachrichtlich übernommen worden.

4.5 Waldflächen

Die vorhandenen Waldflächen auf bzw. entlang des Rheindeiches und des Ruhrdeiches, sowie entlang der A 2 sind "Wald" im Sinne des § 2 Bundeswaldgesetz vom 02.05.1975 (BWaldG) und § 1 Landesforstgesetz für Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. 04. 1980, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. 02. 1987 (LFoG).

Es handelt sich hier um einen ökologisch gut entwickelten Waldbereich.

Die Holzarten des Waldes sind:

Schwarzpappel, Graupappel, Bergahorn, Bergulme (alle Arten ca. 16 Jahre alt); Robinie, Traubeneiche, Weide und Birke (Stand: 1.10.86; Quelle: Forstbetriebswerk)

Die Waldflächen auf dem Rhein- und Ruhrdeich sind ferner gemäß der "Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen beiderseits des Rheinstromes in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf sowie im Gebiet der Landesbaubehörde Ruhr vom 01.08.1972" geschützt.

Im Landschaftsplanentwurf sind diese Flächen weiterhin als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Darüber hinaus ist für diese Waldflächen nach dem Landschaftsplanentwurf eine bestimmte Form der Endnutzung untersagt (Kahlschlagsverbot) - Festsetzungsnummer 3.2.22.1 und 3.2.22.2.

Nachdem zunächst zugunsten der geplanten Industriefläche die Aufgabe des landseitigen Waldstreifens entlang des Rheindeiches - bis zum heutigen Böschungsfuß - vorgesehen war, soll nunmehr der gesamte Wald in seinem heutigen Bestand erhalten bleiben.

Im Rahmen des Abwägungsprozesses zwischen den Belangen des Landschaftsschutzes und den Belangen der Wirtschaft wurde dem Erhalt des gesamten Waldbestandes der Vorrang eingeräumt, da einerseits der Wald neben seinem ökologischen Wert auch Immissions- und Sichtschutzfunktionen zwischen Wohnen/Erholung und Industrie übernimmt und andererseits durch den Erhalt des Waldstreifens auf dem HAFAG-Gelände die geplante wirtschaftliche Nutzung des Grundstücks nicht in unvertretbarer Weise eingeschränkt wird.

Gemäß dem gemeinsamen Runderlaß des Innenministers und des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 18.07.1975 soll bei der Bauleitplanung ein nicht überbaubarer Sicherheitsabstand (Waldschutzzone) von 35 m zwischen überbaubarer Fläche und Waldrand eingehalten werden.

Zugunsten des Walderhaltes und unter Berücksichtigung der stockenden Holzarten wird im Einvernehmen mit der "Unteren Forstbehörde" (Staatliches Forstamt Wesel) der Abstand zwischen dem bestehenden Waldrand und der überbaubaren Fläche auf 25 m verringert.

Die Waldflächen mit ihren 25 m - Schutzzonen sind im Bebauungsplan entsprechend festgesetzt bzw. nachrichtlich übernommen.

4.6 Fläche für die Landwirtschaft

Der nichtbewaldete westliche Streifen des Rheindeiches und nördliche Streifen des Ruhrdeiches ist im Bebauungsplan als "Fläche für die Landwirtschaft" ausgewiesen.

Diese Flächen gehören ebenfalls zum Landschaftsschutzgebiet zugleich als Verbandsgrünfläche.

4.7 Immissionen und Immissionsschutz

4.7.1 Immissionssituation durch luftverunreinigende Stoffe im Planbereich

Die für Flächen von einem Quadratkilometer Größe ermittelten Werte für Schwefeldioxyd und Staubbiederschlag liegen in den Flächen, in denen das Plangebiet liegt, deutlich unter den maßgeblichen Grenzwerten nach der TA Luft 1986.

Die Bleiniederschlagswerte sind tendenziell rückläufig. Sie lagen 1987 für die Flächen mit dem nördlichen Teil des Plangebietes deutlich unter dem Grenzwert nach der TA Luft 1986, für die Fläche mit dem südlichen Teil des Plangebietes über dem Grenzwert nach der TA Luft 1986.

Die Cadmiumniederschlagswerte lagen 1987 geringfügig über dem Grenzwert nach der TA Luft 1986.

Die in der TA Luft zum Schutz vor Gesundheitsgefahren festgelegten Immissions-Grenzwerte werden in den genannten Einheitsflächen nicht überschritten.

4.7.2 Lärmimmissionen

Hinsichtlich der Lärmauswirkungen durch das geplante Industriegebiet sind nur der südlich des Plangebietes bzw. der Bundesautobahn A 2 angrenzende Wohnstandort Neuenkamp sowie einige Gebäude mit Wohn- und tlw. Gewerbenutzungen im Bereich "Am Blumenkampshof/Kaßlerfelder Straße" zu betrachten.

4.7.2.1 Lärmimmissionen im Ortsteil Neuenkamp

1. Vorhandene Lärmsituation

Die Bebauung "In der Rheinau" liegt tagsüber in einem Geräuschpegel von 60 - 65 dB(A) und nachts bei 55 bis 60 dB(A).

Die Häuser an der Lillienthalstraße sind mit 63/58 dB(A) (Tag/Nacht) belastet.

Hierbei sind die Dämmwirkungen durch die Lärmschutzwand an der A 2 berücksichtigt.

2. Zu erwartende Geräuschsituation

Das geplante Industriegebiet liegt in einer Entfernung von ca. 200 m zur nächstgelegenen Wohnbebauung, getrennt durch die in Hochlage geführte und mit Lärmschutzwänden versehene A 2.

Bei der hohen Geräuschvorbelastung durch die A 2 und durch die festgesetzte Nutzungseinschränkung im Bebauungsplan für bestimmte Betriebsarten (Siehe Pkt. 4.1.3 und 4.7.3) sind durch Betriebs- und Verkehrslärm keine weiteren Auswirkungen auf die genannten Wohnbereiche zu erwarten.

Die verkehrliche Erschließung des gepl. Industriegebietes erfolgt über die Straßen "Am Blumenkampshof" und der Kaßlerfelder Straße/Schlütershof an das Autobahnnetz, so daß der Wohnbereich Neuenkamp hiervon nicht beeinträchtigt ist.

4.7.2.2 Lärminmissionen im Bereich "Am Blumenkampshof"/ Kaßlerfelder Straße

1. Kfz-Prognose

Durch die vorrangige Ansiedlung von Speditionsunternehmen werden etwa 1.200 LKW-Bewegungen pro 24 Stunden erwartet.

In der Nachtzeit (22.00 - 6.00 Uhr) darf ein Drittel aller LKW-Fahrten angenommen werden.

Daraus ergeben sich 800 LKW's in beiden Richtungen am Tage und 400 LKW's in der Nachtzeit.

Unter Berücksichtigung einer gleichmäßigen stündlichen Verteilung der Verkehrsbelastung in den Betrachtungszeiträumen, errechnet sich eine Verkehrsstärke von 50 LKW's pro Stunde nachts und 50 LKW's pro Stunde am Tage.

2. Derzeitige und zu erwartende Geräuschsituation vor dem Gebäude "Am Blumenkampshof" Haus Nr. 18 ist am Tage ein Mittelungspegel von 60,7 dB(A) gemessen worden. In der Nachtzeit reduziert sich der Geräuschpegel um ca. 8 dB(A) auf 53 dB(A).

Vor den Wohnhäusern an der Straße "Am Blumenkampshof" werden durch den genannten LKW-Verkehr Mittelungspegel von 65,3 dB(A) nachts und tagsüber erwartet.

Durch die Abschattungswirkung der Bebauung "Am Blumenkampshof" und durch die Entfernung zur Lärmquelle werden die nördlich gelegenen Häuser an der Kaßlerfelder Straße von diesem Verkehrslärm nicht betroffen.

4.7.2.3 Beurteilung

Die Beurteilung der Geräuschsituation erfolgt nach der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau", Teil 1, Mai 1987.

- Für den südlich des geplanten Industriegebietes angrenzenden Wohnbereich Neuenkamp sind keine Maßnahmen erforderlich, da die derzeitige Geräuschsituation sich nicht verändert.

- Im Bereich der Straße "Am Blumenkampshof" ist durch den zusätzlichen LKW-Verkehr mit einer erheblichen Steigerung des Verkehrslärms zu rechnen.

In der Nachtzeit erhöht sich die heutige Geräuschsituation um 12,3 dB(A) und tagsüber um 4,6 dB(A). Dies bedeutet in der Nachtzeit mehr als eine Verdoppelung der jetzt empfundenen Geräuschstärke.

Die vorhandene Bebauung "Am Blumenkampshof" stellt sich in ihrem Nutzungsscharakter als Mischgebiet dar (Wohnen und Gewerbe).

Nach der DIN - 18005 werden für Mischgebiete als anzustrebender Orientierungswert 60/50 dB(A) (Tag/Nacht) angegeben.

Diese Orientierungswerte werden somit erheblich überschritten.

Maßnahmen zum Schutze der Wohn- und Schlafruhe vor Verkehrslärm sind hier erforderlich.

4.7.2.4 Maßnahmen

Im Bereich der Grundstücke "Am Blumenkampshof" Nr. 22 bis 26 ist der Freiraum (Garten) durch eine Wand oder einen Wall vor Verkehrslärm zu schützen. Die Lärmschutzanlage dämmt den zu erwartenden Mittelungspegel um etwa 12 bis 14 dB(A) auf etwa 52 dB(A).

Die Fenster der Gebäudefronten zur Straße "Am Blumenkampshof" müssen, entsprechend der VDI-Richtlinie 2719 "Schalldämmung von Fenstern", die Schallschutzklasse 3 erreichen.

Die erforderlichen Maßnahmen werden durch die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG in Abstimmung mit den betroffenen Grundstücks- bzw. Gebäudeeigentümern durchgeführt und finanziert.

4.7.3 Abstände und Schutzmaßnahmen zu benachbarten Wohngebieten

Eine der bauleitplanerischen Zielsetzungen ist es, möglicherweise entstehende Beeinträchtigungen von Wohngebieten durch gewerblich/industrielle Nutzungen in zumutbaren Grenzen zu halten. Ein Mittel dazu sind ausreichende Abstände zwischen den genannten Nutzungsarten.

Der vorliegende Bebauungsplan zeigt als wesentliches Planungsziel die Ausweitung des vorhandenen weiträumigen Industriegebietes (ERD) zwischen der Ruhr und der A 2 nach Westen bis zum Rheindeich, jedoch als "eingeschränktes" Industriegebiet (Gie).

Durch den bewaldeten Rheindeich und dem Ruhrdeich sowie durch die hochgelegene A 2 mit den vorhandenen Waldstreifen entlang ihres nördlichen Böschungsbeereiches ist der gepl. Industriestandort lärm- und sichtmäßig von der großräumigen Umgebung abgeschirmt.

Übergangszonen bzw. Trennzonen zum nächstgelegenen ca. 700 m entfernten "Wohnstandort Ruhrort" im Norden bildet der Ruhrdeich, die Ruhr und der Hafen, zum nächstgelegenen ca. 700 m entfernten "Wohnstandort Essenberg" im Westen der Rheindeich, das Rheinvorland und der Rhein.

Im Süden bildet die hochgelegene A 2 mit entsprechenden Lärmschutzwänden auf der Südseite eine Trenn- bzw. Schutzzone für den ca. 200 m entfernten "Wohnstandort Neuenkamp".

Über die vorgenannten Trenn- bzw. Schutzzonen hinaus soll zusätzlich zum Schutz vorhandener Wohngebiete, insbesondere des Wohngebietes Neuenkamp, für das geplante Industriegebiet die zulässige Art der baulichen Nutzung eingeschränkt werden und zwar dahingehend, daß hier keine Gewerbe- bzw. Industriebetriebe mit starken Emissionen zulässig sind.

Durch entsprechende textliche Festsetzungen im Bebauungsplan sollen die in der "Abstandsliste" zum Abstandserlaß (RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales NW vom 09.07.1982) aufgeführten Betriebsarten der Abstandsklassen I, II, III und IV sowie Anlagen mit ähnlichen Emissionsgrad im gesamten ausgewiesenen Industriegebiet nicht zulässig sein.

Darüber hinaus sollen im südlichen Bereich des geplanten Industriegebietes bis zu einer Tiefe von 200 m parallel zur Autobahn A 2/E 3 auch die in der Abstandsliste aufgeführten Betriebsarten der Abstandsklasse V sowie Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad nicht zulässig sein.

Aufgrund der dargelegten Übergangs- bzw. Trennzonen sowie der festgesetzten Nutzungseinschränkung kann davon ausgegangen werden, daß die Abstände zwischen den umliegenden Wohngebieten und dem gepl. Industriegebiet als ausreichend anzusehen sind.

4.8 Stadtklimatische Auswirkungen

Baumaßnahmen wären für stadtklimatische Veränderungen relevant, wenn eine kaltluftproduzierende Fläche zerstört oder geschaffen würde. Eine kaltluftproduzierende Fläche, die sich stadtklimatisch auswirkt, müßte jedoch so viel Kaltluft produzieren, daß eine Luftbewegung (Flurwinde) bei Schwachwindlagen ausgelöst wird. Anhaltspunkte für die Größe solcher Flächen können aus dem Gutachten zum Essenberger Bruch abgeleitet werden. Danach wurden im Essenberger Bruch, das immerhin eine Gesamtfläche von 540 ha hat, schwache Flurwinde nachgewiesen.

Im Gegensatz hierzu weist das Bebauungsplangebiet "Jägerloch" als Kaltluftentstehungs- und -durchzugsgebiet für den Luftaustausch mit ca. 40 ha eine zu geringe Größe auf, so daß unterstellt werden kann, daß dort keine Flurwinde, die stadtklimatisch (z. B. für die Ortsteile Neuenkamp oder Kaßlerfeld) relevant wären, entstehen können.

Die Klimawirksamkeit ist damit bestenfalls auf die Fläche selbst beschränkt.

Bei gesundheitlich besonders bedenklichen Inversionswetterlagen, die vor allem im Herbst und Winter auftreten, fungiert das Jägerloch als kleines Kaltluftentstehungsgebiet mit dem negativen Effekt stagnierender Luft. Geringe Reliefunterschiede, die relativ tiefe Lage des Planbereiches sowie die als Hindernisse wirkenden bewaldeten Deiche führen dazu, daß das Jägerloch keine Klimafunktion hat. Die vorgesehene industrielle Nutzung des Geländes führt dabei weder zu Verbesserungen noch zu Verschlechterungen.

Eine Frischluftschneise liegt aufgrund der städtebaulichen Situation in der Umgebung nicht vor (siehe auch Pkt. 3.1 d).

4.9 Altablagerungen/Altstandorte

"Die Auswertung der bis in das Jahr 1843 bzw. 1926 zurückreichenden Meßtischblätter im Maßstab 1 : 25.000 bzw. Luftbildaufnahmen im Maßstab 1 : 5.000 ergab folgende historische Entwicklung des Gebietes "Jägerloch":

Zwischen 1907 und 1956 erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung ein etwa 800 m langer und 130 m breiter Baggersee, dessen Wasserfläche nach 1956 nicht mehr erscheint. Die hieraus resultierende Verfüllungstätigkeit, deren Anfänge bis weit vor 1956 zurück zu datieren sind, läßt sich bis in die 60-er Jahre hinein verfolgen.

Das Luftbild des Jahrganges 1962 weist eine erhebliche Oberflächenstörung auch weit über die Grenzen des Baggersees hinaus aus. Eine weitere Oberflächenstörung läßt das 1981-er Luftbild im nördlichen Teil des ehemaligen Baggersees erkennen. Aus Akten der Stadt Duisburg geht hervor, daß das Verfüllvolumen des Baggersees ca. 670.000 m³ bei einer Tiefe von 4,50 m bis 8,50 m (mittlere Tiefe 6,50) betrug. Ferner sollen an der Wiederverfüllung mit zum Teil unbekannten Materialien, über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren mehrere Unternehmen beteiligt gewesen sein. Erst in den letzten 2 Jahren (1964 bis 1966) wurde die Restverfüllung durch das damalige Stadtreinigungs- und Wasserbauamt der Stadt Duisburg mit inerten Materialien betrieben.

Um die Auswirkungen dieser Altablagerung auf die Gefährungspfade Boden, Wasser und Luft zu ermitteln, wurde eine umfangreiche Gefährdungsabschätzung erarbeitet.

In diesem Rahmen wurden im Dezember 1988 50 Rammkernsondierungen rasterförmig bis zu einer Tiefe von max. 11,0 m unter Geländeoberkante abgeteuft. Die Sondiertiefen im einzelnen richteten sich nach der jeweiligen Mächtigkeit der Auffüllung, die, soweit möglich, bis in den gewachsenen Boden durchbohrt wurde.

Des weiteren wurden 3 Grundwasserbeobachtungspegel bis zum Tertiär abgeteuft und ausgebaut.

Boden, Bodenluft und Grundwasser wurden analysiert und sämtliche Ergebnisse in Form eines Gutachtens dokumentiert.

In dieses Gutachten flossen ebenfalls die Ergebnisse der 21 Sondierungen, die Anfang 1988 zur ersten Gefahrenbewertung niedergebracht wurden, mit ein.

Aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung wurden im März 1989 an 4 weiteren Stellen Aufschlußbohrungen zur Erkundung des Ablagerungsbereiches niedergebracht und wiederholt Bodenproben entnommen und analysiert.

Auf der Grundlage aller ermittelten Ergebnisse bestehen nach Abstimmung mit dem StAWA Herten gegen eine Nutzung der o. g. Fläche als Gewerbegebiet bei Beachtung nachfolgender Auflagen keine Bedenken.

- Eine Anhöhung des gesamten Geländes um ca. 1,5 - 2,0 m ist notwendig, auch um einen direkten Kontakt von Mensch oder Tier mit den erhöhten Schadstoffkonzentrationen in den oberen Bodenschichten zu verhindern.
- Es ist anzustreben, eine Versiegelung möglichst der gesamten Fläche zu erreichen, um Auswaschungen des Verfüllmaterials in das Grundwasser auf ein Minimum zu reduzieren. Die Anlage und Ausdehnung von evtl. vorgesehenen Grünflächen ist mit der Unteren Wasserbehörde der Stadt Duisburg abzustimmen.

Die Bodenmaterialien, die im Rahmen von Baugrundsicherungen und Baumaßnahmen entfernt werden müssen (u. a. Klärschlamm), sind nachweispflichtig zu entsorgen.

Es gilt ferner der generelle Hinweis:

Auch bei Anwendung sämtlicher Verfahren zur Ermittlung von Altablagernngen oder kontaminierten Altstandorten kann nicht ausgeschlossen werden, daß dennoch kleinräumige Verunreinigungen des Bodens vorhanden sind, die im Einzelfall durch unsachgemäßen Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen entstanden sein mögen.

Sollten sich bei Tiefbauarbeiten oder im Rahmen sonstiger Vorgänge Hinweise auf derartige umweltgefährdende Verunreinigungen ergeben, so sollte der Oberstadtdirektor - Amt für Stadtentsorgung und Wasserwirtschaft - unverzüglich informiert werden."

4.10 Beurteilung der Freifläche einschließlich des vorhandenen Feuchtbiosphären

1. Bei der in Rede stehenden Freifläche handelt es sich im wesentlichen um ein nicht natürlich gewachsenes Gelände (siehe hierzu unter 1.3 und 4.9 der Begründung!).

Die im Bereich der gesamten Freifläche vorkommenden Pflanzen sind von der Anzahl und der Zusammensetzung her als normales Inventar einer über viele Jahre ungenutzten Fläche anzusehen.

Ähnliches gilt für die Vogelwelt, obwohl durch die Anlage des Teiches und von Futterplätzen durch den Jagdausübungsberechtigten die jagdbaren Arten Stockente und Fasan einseitig gefördert werden.

Eine Bestandsaufnahme über Fauna und Flora liegt vor.

Da es sich um einen für brachliegende Freiflächen normalen Bestand an Pflanzen und Tieren handelt, kommt diesem Zustand kein besonderer Schutzwert zu. Eine Ausnahme bildet die auf dem Gelände vorkommende Kreuzkröte, die nach der Bundesartenschutzverordnung als besonders schützenswert ausgewiesen ist.

Es ist vorgesehen, die Kreuzkröten vor der Laichzeit im Frühjahr einzufangen und in ein Ersatzbiotop umzusetzen (siehe hierzu Punkt 4.11 der Begründung).

2. Dieses gilt ebenso für das künstlich angelegte und bewässerte Feuchtbiotop (Wasserfläche ca. 3.100 m²). Das Wasser für das Biotop wurde bisher von der ERD - eigenen Brunnengalerie durch die Werksfeuerwehr per Schlauchleitung ständig zugeliefert. Die Wasserzufuhr durch die ERD wurde Ende November 1988 eingestellt, da durch die Aufgabe des Raffineriebetriebes künftig kein Brauchwasser mehr gepumpt wird.

Die Bepflanzung des Gewässers besteht in erster Linie aus "Rohrkolben". Eine Funktion dieses Gewässers als Rast-, Nahrungs- und Brutbiotop für schutzwürdige Vogelarten ist nicht gegeben. Es stellt somit kein wertvolles Feuchtbiotop dar. Unabhängig von der Frage der Wasserzufuhr wurde geprüft, ob unter Reduzierung der Industriefläche ein Erhalt dieses Gewässers sinnvoll wäre. Wegen der mit der angrenzenden gewerblich industriellen Nutzung verbundenen Nachteile für Fauna und Flora wurde diese Möglichkeit aber verworfen (siehe dazu Punkt 3.1. b).

3. Die in Rede stehende Fläche - einschließlich des Gewässers - ist im Biotop-Kataster der "Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung" (LÖLF) nicht als schutzwürdig ausgewiesen.

Der Fläche kommt in Anbetracht ihrer besonderen Lage zwischen Rhein- und Ruhrdeich, der hochgelegenen A 2 und dem Betriebsgelände der ERD auch keine besondere Bedeutung als Pufferzone zwischen Rheinvorland und ERD-Betriebsgelände oder als klimatische Ausgleichsfläche (siehe Punkt 4.8) zu.

Für die Fläche läßt sich auch im Hinblick auf die westlich des Rheindeiches angrenzende und im Biotopkataster der "LÖLF" dargestellten schutzwürdigen Fläche des Rheinvorlandes keine Wertigkeit ableiten, da hier zwei ganz unterschiedliche Biotoptypen - Rheinvorland/Brachebiotop - vorliegen.

So sind z. B. Wat- und Wasservögel, die im Rheinvorland vorkommen, bislang auf dem Jägerlochgelände nicht vorgekommen.

Es ist auch unwahrscheinlich, daß sich die im Biotopkataster für das Rheinvorland genannten Vogelarten hier niederlassen würden.

4.11 Maßnahmen zum Ausgleich der Auswirkungen auf den Naturhaushalt

Grundlage der vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen ist ein für den Bebauungsplan erarbeiteter "landschaftspflegerischer Beitrag", der neben einer Bestandsaufnahme und Beurteilung der Fauna und Flora insbesondere auch die zum Ausgleich der Auswirkungen auf den Naturhaushalt erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen behandelt.

Folgende Ausgleichsmaßnahmen sind hiernach vorgesehen:

- Als eine nach Art und Umfang besonders geeignete Maßnahme zum Ausgleich der Funktionen des Naturhaushaltes ist die Anlage von wechselfeuchten Bereichen, Kleingewässern und Anpflanzungen mit standortgerechten heimischen Gehölzen im Ortsteil Neuerkamp (Fläche südlich der Essenberger Straße zwischen Butterweg und Rheinberger Ring) vorgesehen. Die Fläche liegt im Bereich des Bebauungsplanentwurfes Nr. 899 - Neuerkamp -, für den der Rat der Stadt am 26.11.1984 die Aufstellung beschlossen hat. Durch Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages hat sich die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG verpflichtet, für diese Maßnahme ihre dort vorhandenen Grundstücke zur Verfügung zu stellen und die Ausbaukosten zu tragen.

Die Fläche liegt ebenfalls nahe dem Rheindeich und hat eine Größe von ca. 1,8 ha. Der Ausbau soll in der Weise erfolgen, daß hier eine weitgehend ungestörte Zone für Flora und Fauna entsteht. In dieses Gelände soll nach der Herrichtung eines entsprechenden Biotopes zukünftig auch der Kreuzkrötenbestand aus dem Jägerloch umgesetzt werden.

Da bis zur Laichzeit im Frühjahr die Voraussetzungen hierfür nicht gegeben sind, sollen die Kreuzkröten vorübergehend in ein vorhandenes Kreuzkrötenbiotop in der Ruhraue umgesetzt werden.

- Im Rheinvorland in Duisburg-Beeckerwerth wird eine ca. 3 ha große städt. Fläche aus der derzeitigen Nutzung (Weideland mit Schafbeweidung) auf Dauer herausgenommen. Die Fläche wird eingezäunt und für Zwecke des Biotop-Artenschutzes bereitgestellt.

- Der Böschungsbereich der vorgesehenen Geländeanschüttung soll mit standortgerechten heimischen Gehölzen bepflanzt werden, um so einen Übergang von den bebauten bzw. versiegelten Flächen zum vorhandenen Waldrand zu schaffen. Im Bebauungsplan ist diese Bepflanzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 textlich festgesetzt.
- Die Duisburg-Ruhrorter Häfen AG als Grundstückseigentümerin hat sich verpflichtet, Begrünungsmaßnahmen im Plangebiet durchzuführen, soweit die Nutzung der Fläche dadurch nicht in unvertretbarer Weise eingeschränkt wird.

5. Zusammenfassende Darstellung des Abwägungsprozesses

Die untersuchten, in der Begründung im einzelnen dargestellten Rahmenbedingungen und Abwägungskriterien führen insgesamt zu dem Ergebnis, daß die Inanspruchnahme der seit 1957 im Leitplan und später im FNP als Industriegebiet dargestellten aber noch nicht genutzten Fläche grundsätzlich möglich ist.

Die Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß die beabsichtigte Ansiedlung eines Güterverkehrszentrums keine oder nur geringfügige Auswirkungen auf die Umgebung hat, insbesondere in den Bereichen Immissionen, Klima, Grund- und Drängewasser sowie Verkehrssituation in den Wohnbereichen des Ortsteil Kaßlerfeld. Die erwartete Zunahme des Verkehrslärms an der geplanten Erschließungsstraße "Am Blumerkampshof" kann durch Schallschutzmaßnahmen im erforderlichen Maße gedämpft werden.

Da in Duisburg schnellstmöglich im Rahmen der notwendigen Umstrukturierung der Wirtschaft dringend neue Arbeitsplätze außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie geschaffen werden müssen und im Stadtgebiet keine andere in bezug auf die Größe und die Lage im Haupt- und Fernstraßennetz sowie im Hafen vergleichbare Fläche kurzfristig zur Verfügung gestellt werden kann, wird der Inanspruchnahme der Fläche Vorrang eingeräumt vor ihrem Erhalt als Freifläche und der nachfolgenden planungsrechtlichen Festsetzung als Grünfläche.

Diese Entscheidung ist insbesondere deshalb vertretbar, weil einerseits als Ergebnis von Untersuchungen dem dort vorhandenen Tier- und Pflanzenbestand (mit Ausnahme des Kreuzkrötenbestandes) sowie dem künstlich angelegten Feuchtgebiet kein besonderer Schutzwert zukommt und diese Fläche aufgrund ihrer Unzugänglichkeit z. Z. für die Öffentlichkeit keine Erholungsfunktion hat sowie andererseits der vorhandene Wald erhalten bleibt und dieser durch die Ansiedlung des Güterverkehrszentrums nicht in seinem Bestand gefährdet wird.

Der Erhalt nur des Feuchtgebietes und die gleichzeitige Nutzung der Restfläche bringt neben der wesentlichen Reduzierung der nutzbaren Industriefläche auch für das Feucht-Biotop nur Nachteile, weil dieses dann völlig isoliert in einem umgestalteten Umfeld liegen und durch den fehlenden Bezug zum Freiraum dort eine Artenverarmung eintreten würde. Diese Nachteile könnten nicht ausgeglichen werden. Deshalb ist die Anlage eines optimal gestalteten Ersatzgebietes an einem

geeigneten anderen Standort aus ökologischen Gründen dem Erhalt vorzuziehen. Dieser Ersatzstandort ist am Rheindeich im südwestlichen Bereich des nahegelegenen, dicht besiedelten Ortsteils Neuenkamp vorgesehen. Hier soll ein Ersatzfeuchtgebiet angelegt werden. Es ist vorgesehen, den Kreuzkrötenbestand nach hier umzusiedeln.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß aufgrund des Planungszieles, der durchgeführten Untersuchungen, der daraus folgenden Festsetzungen im Bebauungsplan und der vorgesehenen ökologischen Ausgleichsmaßnahmen die Inanspruchnahme von bisher unbebautem Grund und Boden gerechtfertigt ist. Die vorliegende Planung stellt insgesamt ein ausgewogenes Ergebnis dar, in dem die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege einerseits sowie die Belange der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung andererseits berücksichtigt wurden.

6. Flächenbilanz zum Bebauungsplan Nr. 534

Fläche des eingeschränkten Industriegebietes (Gle)	ca. 26,4 ha
Fläche für die Landwirtschaft	ca. 3,5 ha
Waldflächen	ca. 9,7 ha
Gesamtfläche des Plangebietes	ca. 39,6 ha =====

7. Kosten

7.1 Die der Gemeinde durch Maßnahmen dieses Bebauungsplanes entstehenden Kosten werden geschätzt auf:

7.1.1 Kanalbau	270.000,-- DM
----------------	---------------

8. Textliche Festsetzungen und Aufhebungsvermerk

Siehe Bebauungsplan!

Diese Begründung gehört zum Bebauungsplan Nr. 534 - Kaßlerfeld -.

Die Aufstellungsvermerke auf dem Plan gelten auch für diese Begründung.

Duisburg, den 15. Juni 1989



Der Oberstadtdirektor

In Vertretung

Giersch
G i e r s c h
Beigeordneter

8

Die Absichtsbegründung wurde aktualisiert und als Entscheidungsbegründung im Sinne des § 9 (8) Baugesetzbuch vom Rat der Stadt am 22. 05. 1989 übernommen und beschlossen.

Duisburg, den 15. Juni 1989



Der Oberstadtdirektor

In Vertretung

Giersch
G i e r s c h
Beigeordneter

8

Anlage 1

zur Begründung zum Bebauungsplan Nr. 534 - Kaßlerfeld -

61-33 Bochmann
3415

17.10.1988

Niederschrift

über die Informationsveranstaltung "Planung Jägerloch"
in Duisburg-Kaßlerfeld

am 10.10.1988, in der Zeit von 19.00 - 21.10 Uhr

in der Aula der Gemeinschaftshauptschule an der Paul-Rücker-Str. 36
in Duisburg-Neuenkamp.

An der Veranstaltung nahmen ca. 120 Bürger teil.

Frau Olbrich vom Stadtplanungsamt begrüßte alle Anwesenden und wies einleitend auf die Bedeutung dieser Informationsveranstaltung sowie auf den weiteren Verfahrensablauf der Planung bzw. eines zukünftigen Bebauungsplanes hin.

Anschließend erläuterte sie ausführlich die "Planung Jägerloch".

Von den Bürgern wurden folgende Wünsche und Vorstellungen geäußert:

Herr Martel - Vorsitzender des Bürgervereins Neuenkamp - regte an, den Bereich des angelegten Feuchtbiotops zu erhalten und als Naturschutzgebiet auszuweisen. Ferner sollte der - wie vorgesehen - zu rodende Waldstreifen entlang des östlichen Böschungsfußes des Rheindeiches (ca. 15.000 m²) erhalten bleiben, da gerade diese Bäume noch auf gewachsenem Boden stehen und für den Schutz des Rheindeiches wichtig seien.

Der Bürgerverein sei für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei einem Erhalt des Feuchtbiotopes und des betr. Waldstreifens könnten dann auf den übrigen Flächen Gewerbebetriebe mit ca. 200 Arbeitsplätzen angesiedelt werden.

Er machte ferner Ausführungen darüber, daß durch die Erschließung der betr. Geländes als Industriegebiet die aus dem Essenberger Bruch kommende Frischluftschneise, die Neuenkamp und die Innenstadt mit Frischluft versorgt, beeinträchtigt werde.

Ein weiteres Problem sei die Drängewasser-Situation in dem betroffenen Bereich. So würde sich nach seiner Ansicht durch die vorgesehene Anschüttung des gepl. Industriegeländes das Drängewasser im Ortsteil Neuenkamp verstärken und somit noch mehr Bodensenkung verursachen.

Frau Olbrich antwortete bezüglich des Drängewassers, daß nach der Stellungnahme des zuständigen Fachamtes der Stadt die Anschüttung des betr. Geländes keine Auswirkungen auf das Drängewasser in Neuenkamp habe.

Herr Giesen habe mit anderen Neuenkämpfern im Laufe der Jahre auf dem in Rede stehenden ehemaligen Schuttgelände wieder eine Flora und Fauna geschaffen, die für viele einheimische Tierarten Lebensraum bilde. Er sei für den Erhalt der gesamten Freifläche.

Herr Usinger, Neuenkamp, bedankte sich zunächst für die ausführliche Erläuterung der vorgesehenen Planung. Er sehe das Angebot der Ersatzfläche in Neuenkamp für das aufzugebende Feuchtbiotop positiv. Er halte die Planung für positiv um Arbeitsplätze zu schaffen, die für die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur für Neuenkamp und für die gesamte Stadt erforderlich seien.

Er wollte nur noch wissen, welches Gewerbe hier angesiedelt werden soll?

Frau Olbrich erläuterte hierauf nochmals die gepl. Nutzung sowie die vorgesehene "Nutzungsbeschränkung" für dieses Gebiet, wodurch stark emittierende Betriebe wegen der Nähe zur Wohnbebauung ausgeschlossen würden. Soweit bisher bekannt, sei die Errichtung eines Güterverkehrszentrums sowie eventueller weiterer Betriebe des Speditionsgewerbes vorgesehen.

Herr Wirte, Neuenkamp, sagte, daß die Fläche bis 1956 als Verbandsgrünfläche ausgewiesen war. Könne diese Fläche nicht wieder als Verbandsgrünfläche ausgewiesen werden?

Frau Olbrich bestätigte, daß dieses zwar theoretisch möglich sei, die Fläche aber schon im alten Leitplan und auch im neuen rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Duisburg als Industrie- und Gewerbefläche dargestellt ist. Der Rat der Stadt habe daher im Rahmen dieser Planung abzuwägen bzw. zu entscheiden, ob diese Freifläche erhalten bleiben soll oder ob hier Gewerbe angesiedelt werden soll.

Herr Süßmuth, Neuenkamp, habe - wie sicherlich viele Neuenkamper - bisher von diesem Feuchtbiotop kaum gewußt.

Er sei für die Gewerbeansiedlung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch im Hinblick auf die überalterte Einwohnerstruktur in Neuenkamp. Es müsse sich hierbei jedoch um saubere Betriebe handeln.

Außerdem biete die Stadt ja eine Ersatzfläche für ein Feuchtbiotop in Neuenkamp an.

Er habe zwar auch Bedenken gegen die Drängewasseraussage der Stadt, aber er hoffe, den Fachleuten der Stadt Duisburg glauben zu können.

Herr Wildtraut - Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - habe das betreffende Gelände besichtigt und sei zu der Feststellung gekommen, daß große Teile des Geländes nicht gerade erfreulich aussähen, bis auf das schützenswerte Feuchtbiotop. Hierbei könne es nicht entscheidend sein, ob künstlich angelegt oder nicht.

Das Biotop sei schützenswert, insbesondere da hier noch die artengeschützte "Kreuzkröte" vorkommt. Da könne auch die angebotene Ersatzmaßnahme nicht befriedigen, da gerade diese Kreuzkröte nicht wandern kann.

Als weiteren Punkt sehe er die vorgesehene Vernichtung des Waldstreifens entlang des östlichen Böschungsfußes des Rheindeiches als wesentlichen Verlust für die Stadt Duisburg an. Es sei ein wertvoller Wald, der selbstverständlich erhaltenswert sei. Die angebotene Ersatzfläche sei nach seinen Kenntnissen für eine Aufforstung nicht geeignet.

Alternative könne nur sein, das Feuchtbiotop sowie den Waldstreifen zu erhalten.

Ferner vermisse er Aussagen über eine Umweltverträglichkeitsprüfung sowie über die Baumschutzsatzung der Stadt Duisburg.

Er stelle die Fragen, ob der Stadt überhaupt ein Fauna- und Florakataster sowie eine Altlastenaussage für den Bereich vorliege und ob der Landschaftsbeirat beteiligt werde?

Er sei der Meinung, daß statt der Gewerbeansiedlung die Freifläche der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollte.

Frau Olbrich führte auf die Fragen des Herrn Wildtraut aus, daß man einen gewissen Wert des Feuchtbiotops sowie des Waldes nicht verleugnen könne, hier aber zwei Nutzungsansprüche im Raume ständen, nämlich zum einen die Gewerbeansiedlung und zum anderen den Erhalt der Freifläche.

Nach einer Abwägung aller Belange müsse letztendlich der Rat der Stadt über die zukünftige Nutzung entscheiden. Ferner antwortete sie auf die übrigen gestellten Fragen, daß der Verwaltung eine Zusammenstellung der auf dieser Fläche vorkommenden Fauna und Flora vorliege, daß die Altlastenuntersuchung zur Zeit noch laufe und daß die Baumschutzsatzung für Waldflächen nicht greife. Das zuständige Forstamt habe der durch die Aufschüttung des Geländes erforderlich werdenden Rodung des Waldstreifens entlang des Böschungsfußes des Rheindeiches sowie der Ersatzaufforstung zugestimmt. Im weiteren Verfahrensablauf eines noch aufzustellenden Bebauungsplanes werden in der Begründung konkrete Aussagen zum Ergebnis der Altlastenuntersuchung gemacht.

Herr Fisser, Neuenkamp, hält eine Nutzung des Geländes - wie geplant - aufgrund der nach seinen Kenntnissen vorhandenen Altlasten für fraglich. Auch sehe er durch die Gewerbeansiedlung eine drastische Erhöhung der Verkehrsbelästigung insbesondere auf die Bewohner "Am Blumenkampshof" zukommen.

Außerdem werde die Frischluftzufuhr für Neuenkamp durch das Zubauen dieser Fläche nicht mehr gewährleistet sein.

Er sei ferner der Meinung, daß sich auch andere Ersatzflächen im Stadtgebiet für eine Gewerbeansiedlung eignen (z. B. Kupferhüttengelände und ATH-Flächen).

Frau Olbrich zitierte eine vorliegende Industrie- und Gewerbeflächenbilanz, wonach insbesondere bei Industrieflächen derzeit im Stadtgebiet keine geeigneten und kurzfristig verfügbaren Flächenreserven zur Verfügung stehen.

Ein Bürger regte an, im Rahmen der Initiative "Industriepark Ruhr" hier in Kaßlerfeld/Neuenkamp anzufangen und das Gelände dem Bürger als Grünfläche vorzubehalten.

Herr Funke - BUND - schloß sich zunächst einem Vorredner an. Er sei ebenfalls der Meinung, daß im Hinblick auf die kurzfristige zur Verfügungstellung von Gewerbe- und Industrieflächen auch andere Ersatzflächen im Stadtgebiet mit politischen Nachdruck überprüft werden sollten.

Ferner bat er darum, die Fluchtwegesituation, insbesondere für die neu anzusiedelnden Menschen in dem Planbereich, zu überprüfen.

Desweiteren stellte er die Frage, warum der zu fällende Waldstreifen nicht wieder aufgeforstet werde.

Frau Olbrich antwortete dahingehend, daß ein Teil des zu rodenden Waldstreifens im Böschungsbereich wieder aufgeforstet werde. Der andere Teil, etwa bis zum heutigen Böschungsfuß des Deiches, soll nach der vorliegenden Planung dem Industriegebiet zugeordnet werden.

Eine teilweise Begrünung dieses Streifens sowie Begrünungsmaßnahmen innerhalb der Fläche hängen davon ab, welche Betriebe und wie diese Betriebe dort angesiedelt werden.

Herr Offergeld, Neuenkamp, gab zu bedenken, zunächst auch den von der ERD aufzugebenden Bereich der Raffinerie zur Ansiedlung neuer Betriebe zu nutzen und das Jägerlochgelände somit nur stufenweise zu erschließen.

Weiter bat er um Auskunft, ob der Bebauungsplan deshalb den Bereich des Ruhrdeiches mit der vorhandenen Rampe einbeziehe, um hier ein Ladevorgang bzw. Hafenanschluß zugunsten des gepl. Industriegebietes zu ermöglichen.

Frau Olbrich verneinte dieses. Über ein solches Vorhaben sei nichts bekannt. Der besagte Bereich soll im vorgesehenen Bebauungsplan entsprechend seiner vorhandenen Nutzung als "Waldfläche" und "Fläche für die Landwirtschaft" ausgewiesen werden.

Herr Offergeld sprach einen weiteren Punkt an, nämlich, daß es im Hinblick auf die Fluchtwegesicherung und dem vorbeugenden Brand- bzw. Katastrophenschutz wichtig sei, die Einschränkung der vorgesehenen zulässigen Nutzung auszuweiten auf die Güter, die hier gelagert werden sollen, da die Luftzufuhr gerade aus dieser Gegend in die Innenstadt führte.

Ein Bürger stellte die Frage, mit welchem zusätzlichen Verkehrsaufkommen gerechnet werde und wie es bewältigt werden soll?

Frau Olbrich sagte, daß derzeit noch keine konkreten Abschätzungen vorlägen, dieses aber gemeinsam mit der HAFAG geprüft werde und eine entsprechende Aussage zum aufzustellenden Bebauungsplan getroffen werde.

Nach einigen emotionalen Äußerungen der Bürger bat Herr Offergeld darum, hier nur sachliche Dinge zur Planung vorzubringen und diese an die Verwaltung bzw. an die zuständigen Politiker, die später entscheiden müßten, heranzutragen.

Gegenstand dieser Informationsveranstaltung sei es die Wünsche und Vorstellungen der Bürger zunächst entgegenzunehmen.

Die Verwaltung könne heute verständlicherweise nicht alle Fragen konkret beantworten.

Eine Bürgerin regte nochmals an, genaue Altlastenuntersuchungen durchzuführen, da nach ihren Kenntnissen hier giftige Stoffe eingebracht worden sind und es in früheren Jahren hier des öfteren gebrannt habe.

Frau Olbrich wies nochmals darauf hin, daß die Kenntnis der Altlasten heute für jedes Bebauungsplanverfahren erforderlich sei. Die Untersuchungen seien aber noch nicht abgeschlossen. Die Anregung werde zu Protokoll genommen.

Herr Kapstainer, Neuenkamp, bat darum hinsichtlich des rechtlichen Gehörs nicht nur die Vereine, sondern auch jeden einzelnen Bürger zu berücksichtigen.

Frau Olbrich sagte, daß dazu derartige Veranstaltungen durchgeführt werden, wo sich jeder einzelne zur Planung äußern könne.

Eine Bürgerin stellte die Frage, auf welche Weise das Protokoll veröffentlicht werde?

Frau Olbrich erläuterte hierzu, daß dieses Protokoll als Niederschrift der Auswertung der Bürgerbeteiligung zu dieser Planung beigelegt werde und diese in den nachfolgenden öffentlichen Sitzungen der politischen Gremien und während der durchzuführenden öffentlichen Auslegung des künftigen Bebauungsplanes von den Bürgern eingesehen werden kann.

Verschiedene Bürger, Herr Thelen von den Grünen sowie Herr Winzberg - Bezirksvertreter CDU - waren der Meinung, daß eine erneute Bürgerbeteiligung stattfinden sollte, da die Verwaltung die Fragen der Bürger nicht ausreichend habe beantworten können.

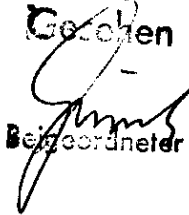
Da die Bürger keine weiteren Wünsche und Vorstellungen zur vorliegenden Planung äußerten, wurde um ca. 21.10 Uhr die Veranstaltung beendet.

Anlage 2

zur Begründung zum Bebauungsplan Nr. 534 - Kaßlerfeld -

61-33 Bochmann
3415

21.11.1988


Beigeordneter

N i e d e r s c h r i f t

über den Anhörungstermin im Rahmen der Bürgerbeteiligung gemäß
§ 3 (1) Baugesetzbuch und zugleich die Unterrichtung der Einwohner
gemäß § 6 b Gemeindeordnung NW für den Bereich des Bebauungsplan-
Entwurfes Nr. 534 - Kaßlerfeld -

am 15.11.1988, in der Zeit von 19.15 - 22.15 Uhr

in der Aula der Gemeinschaftshauptschule an der Paul-Rücker-Straße 36
in Duisburg-Neuenkamp.

Neben den Mitgliedern der Bezirksvertretung-Innenstadt waren bei der
Anhörung ca. 180 Bürger anwesend.

Seitens der Stadtverwaltung nahmen folgende Vertreter teil:

Herr Giersch	- Beigeordneter
Herr Mojek	- Leiter des Bezirksamtes Innenstadt
Herr Ackermann	- stellv. Leiter des Stadtplanungsamtes
Frau Olbrich	- Stadtplanungsamt
Herr Dr. Bähr	- Leiter des Amtes für Stadtentsorgung und Wasserwirtschaft
Herr Bartels	- Amt für Stadtentsorgung und Wasserwirtschaft
Herr Geeven	- als Vertreter der "Unteren Landschaftsbehörde" beim Grünflächen- und Friedhofsamt

Frau Olbrich wies einleitend auf die Bedeutung und die gesetzlichen
Grundlagen der Bürgerbeteiligung hin. Anschließend erläuterte sie
ausführlich den Bebauungsplan Nr. 534.

Von den Bürgern wurden folgende Wünsche und Vorstellungen geäußert:

Herr Martel - Vorsitzender des Bürgervereins Neuenkamp - wies zunächst
auf ein Protokoll vom 20. und 25.09.1956 hin, aus dem hervorgeht,
daß seinerzeit für die Ansiedlung der FINA Voraussetzung war, entlang
des Rheindeiches einen ca. 70 m breiten Waldstreifen anzulegen. Dies habe
der Rat der Stadt so beschlossen. Und dieser Wald solle nunmehr, wenn
auch nur teilweise, durch die vorgesehene Planung wieder aufgegeben werden.

Er empfahl der Verwaltung, das genannte Protokoll zu lesen, denn dann
werde sie feststellen, daß die vorgesehene Planung nicht möglich sei.

Desweiteren sei er der Meinung, daß durch die vorgesehene Ersatzmaß-
nahme auf dem Gelände südl. der Essenberger Straße in Neuenkamp ge-
pachtetes Land des dort ansässigen Bauern Metten in Anspruch genommen
würde. Dieses werde zu Existenzschwierigkeiten des Bauern führen.

Zusammenfassend sagte Herr Martel, daß der Bürgerverein auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen sei. Er regt jedoch an, das vorhandene Feuchtbiotop (Gewässer) sowie den gesamten vorhandenen Wald zu erhalten.

Herr Offergeld, Neuenkamp, war der Meinung, zunächst den von der ERD aufzugebenden Bereich der Raffinerie zur Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe zu nutzen.

Ferner wollte er wissen, ob im Bereich des Ruhrdeiches Ladevorgänge bzw. ein Hafenanschluß zugunsten des gepl. Industriegebietes vorgesehen seien.

Herr Giersch schilderte zunächst ausführlich die Planungsabsichten und sprach in Zusammenhang mit dieser Planung die für die Stadt Duisburg vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen an, die zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Stadt dringend erforderlich seien.

Auf die Fragen von Herrn Offergeld antwortete er, daß in dem angesprochenen Bereich des Ruhrdeiches kein Ladevorgang bzw. kein Hafenanschluß vorgesehen sei.

Die von der ERD aufzugebende Raffineriefläche von ca. 2 ha könne grundsätzlich für weitere Ansiedlungsvorhaben genutzt werden, stelle aber aufgrund der geringen Größe und der erforderlichen Vorleistungen für eine kurzfristige Inanspruchnahme keine Alternative zur beabsichtigten Nutzung des Jägerlochbereiches dar.

Hinsichtlich der Beurteilung des Schutzwertes des vorhandenen Feuchtbiotopes und des Waldes bat er Herrn Geeven, einige sachkundige Ausführungen zu machen.

Herr Geeven sagte, daß bei der Verwaltung eine Bestandsaufnahme über Fauna und Flora in diesem Bereich vorliegt. Die Schutzwürdigkeit wird bestimmt durch verschiedene Faktoren. Dazu gehöre eine gewisse Artenvielfalt, die hier nicht gegeben sei. So befinden sich in dem in Rede stehenden Gewässer z. B. keine Amphibien. Auch sei diese Fläche nicht im Biotop-Kataster der "Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung" enthalten, so daß dieser Fläche kein besonderer Schutzwert zukommt.

Für die hier vorkommenden und geschützten Kreuzkröten bestehe die Möglichkeit, die Tiere vor der Laichzeit im nächsten Frühjahr einzufangen und auf das dann hierfür vorbereitete Ersatzgelände südlich der Essener Straße in Neuenkamp umzusiedeln. Im Rahmen der Detailplanung ließe sich auch eine Vereinbarung Naturschutz und Nutzung durch den Schafhalter treffen.

Bei dem vorhandenen Wald handele es sich ohne Zweifel um "Wald" im Sinne des Gesetzes. Jedoch sei es das sinnvollste, die großen Pappeln zum Teil zu schlagen, um für die darunter stehenden wertvolleren Edellaub-Holzarten (Hainbuchen, Kirschen, Ahorn usw.) optimalen Lebensraum zu schaffen.

Herr Fisser, Neuenkamp, sagte, daß ursprünglich der 70 m breite Waldstreifen angepflanzt wurde, um die Frischluftschleuse Essener Bruch/Kaßlerfeld sicherzustellen. Durch das beabsichtigte Fällen der großen Bäume werde eine Beeinträchtigung dieser Frischluftschleuse erfolgen.

Ferner regte er an, hinsichtlich der Ansiedlung von Gewerbebetrieben auf andere Ersatzflächen, wie z. B. ATH-u. Kupferhüttengelände, zurückzugreifen.

Herr Giersch antwortete hierauf, daß die - erst in jüngerer Zeit - von der Industrie und der Bundesbahn für Gewerbe- u. Industrieansiedlungen freigegebenen Flächen wegen verschiedener Probleme, u. a. Altlasten, in den nächsten 2 - 3 Jahren noch nicht für eine entsprechende Nutzung zur Verfügung stehen. Darüberhinaus betonte Herr Giersch, daß alle z. Z. für neue Gewerbe- und Industrieansiedlungen in Aussicht genommenen Flächen nicht als Ersatz für den Bereich Jägerloch anzusehen sind, sondern zusätzlich dringend erforderlich sind, um den Strukturwandel in Duisburg vollziehen zu können.

Die angesprochene ATH-Fläche sei außerdem künftig zur Verbesserung der Umweltsituation für den stark belasteten Stadtteil Meiderich-Beek als Grüngürtel vorgesehen.

Herr Martel sprach die bereits schon bestehenden Verkehrsprobleme im Bereich der Kaßlerfelder Straße/L 239 an, die sich nach seiner Meinung durch die Erschließung des Jägerlochbereiches noch zusätzlich verschärfen würden.

Herr Ackermann sagte im Hinblick auf die verkehrliche Erschließung, daß das gepl. Industriegebiet verkehrlich hervorragend an das Hauptverkehrsstraßennetz angebunden sei. Es werde, bis auf die geringe Anzahl von Wohnhäusern an der Straße "Am Blumenkampshof", für die entsprechender Lärmschutz vorgesehen sei, keine weitere Wohnbebauung von Verkehrslärm betroffen.

Hinsichtlich der Verkehrsbelastung im Bereich der Kaßlerfelder Straße/L 239 könne festgestellt werden, daß im Hinblick auf das ohnehin schon bestehende Verkehrsaufkommen, die zu erwartende zusätzliche Erhöhung von ca. 50 Lkw pro Stunde als geringe Erhöhung angesehen werden könne.

Im übrigen sei ein Gutachten für diesen Bereich in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden im nächsten Jahr vorliegen, so daß hiernach noch evtl. Maßnahmen zur verkehrlichen Verbesserung getroffen werden können.

Herr Martel, jun., ist der Meinung, daß im Sinne einer umweltfreundlichen Industrieansiedlung durchaus das Feuchtbiotop und der Wald erhalten bleiben könne.

Herr Bennzinger, Neuenkamp, vermisse, bis auf das Argument "Schaffung von Arbeitsplätzen", weitere Argumente für die Industrieansiedlung.

Herr Wildtraut - Schutzgemeinschaft Deutscher Wald - wies zunächst nochmals auf das eingangs von Herrn Martel genannte Protokoll hin.

Er halte die vorgesehene Waldvernichtung für unverantwortlich. Hierbei nutze auch eine "in die Ecke gestellte" Ersatz-Waldfläche zwischen Tanklagern und Autobahn A 2 dem Bürger nichts, zumal die Bodenbeschaffenheit dieser angesprochenen Fläche eine Anpflanzung nicht zuläßt.

Weiterhin halte er es für unmöglich die hier lebenden Tiere - wie z. B. die Kreuzkröte oder das Niederwild (Kaninchen, Hase, Fasan etc.) - in ein Ersatzbiotop zu versetzen.

Er rege deshalb an, den vorhandenen Wald und das vorhandene Biotop zu erhalten.

Ferner stellte er die Frage, warum denn alles sofort vernichtet werden müsse, obwohl in nächster Zeit auch andere Ersatzflächen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zur Verfügung stehen (z.B. Thyssen, Hohenbudberg, Krupp-Rheinhausen).

Er halte die Eile, mit der hier das Gebiet erschlossen werden soll, für sehr bedenklich.

Herr Giersch antwortete auf die Fragen der Herren Bennzinger und Wildtraut hinsichtlich der Industrieansiedlung, daß es heute so üblich ist, daß Konzerne und Betriebe ihre Ansiedlungsabsicht und -bereitschaft oftmals von kurzfristigen Realisierungsmöglichkeiten abhängig machen, ansonsten andere Standorte vorziehen.

Wie bereits vorher schon erwähnt, seien die von Herrn Wildtraut angesprochenen Flächen, wie auch der Bereich Jägerloch, zusätzliche Ansiedlungsflächen für Gewerbe und Industrie, auf die die Stadt Duisburg zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur dringend angewiesen sei.

Auf die Wünsche des Herrn Martel jun. ging Herr Giersch dahingehend ein, daß nach Einschätzung der Verwaltung ein solches Gewässer, daß dann umringt wäre von einer industriellen Nutzung, seinen bis dahin vorhandenen Wert für die Zukunft wohl nicht mehr hätte. Unabhängig davon würde eine Abtrennung dieses Bereiches bedeuten, daß man dann auf eine Industrienutzung in einer Größenordnung von ca. 6 ha verzichten müßte.

Zum Thema Wald sei die Verwaltung in der Zwischenzeit in einen Denkprozeß eingetreten, den die Verwaltung noch mit der Unteren Forstbehörde weiterführen müsse. Hiernach könne man zu einer Lösung kommen, die das Problem Wald etwas weniger gewichtig erscheinen lassen könnte.

Herr Moses - BUND - war der Meinung, daß die Ortsteile Neuenkamp und Kaßlerfeld in naher Zukunft durch die umliegenden vorhandenen bzw. geplanten Industriestandorte, wie die Dünnsäure-Aufbereitungsanlage von Sachtleben mit dem dazugehörigen Kraftwerk, dem Gewerbepark Asterlagen und dem Entsorgungszentrum am Schwelgernhafen, insbesondere bei Nord- und Westwinden, bereits erheblich belastet werden.

Das Jägerloch würde hierbei viele dieser Immissionen aufnehmen, die dann den Bürger nicht mehr belasten würden.

Durch die vorgesehene Industrieansiedlung im Jägerloch würde diese Ausgleichsfunktion entfallen und die genannten Stadtteile hätten somit mehr an Immissionen zu verkraften.

Herr Giersch entgegnete hierzu, daß die genannten Standorte zu keinen zusätzlichen Immissionsbelastungen für die Ortsteile Neuenkamp und Kaßlerfeld führen würden.

In dem gepl. Gewerbepark Asterlagen würden nur emissionsarme Gewerbebetriebe angesiedelt werden und das gepl. Entsorgungszentrum im Duisburger Norden habe aufgrund der großen Entfernung keine Auswirkungen auf diese Ortsteile.

Im übrigen sei doch gerade durch die "Grünen" im Hinblick auf die Reinhaltung der Nordsee und das Robbenproblem die Dünnsäure-Aufbereitungsanlage begrüßt worden.

Herr Funke - BUND - wollte wissen, ob es in Duisburg, außer der Rheinaue, noch ein vergleichbares Biotop gebe, in der Größenordnung wie das Jägerloch². Ferner stellte er die Frage, ob die Stadt mit Krupp im Hinblick auf eine mögliche neue Nutzung bereits in Gespräche getreten sei?

Herr Fisser befürchtete, daß durch die vorgesehene Anschüttung des Jägerlochgeländes sich Auswirkungen bzw. Schäden durch Drängewasser für Neuenkamp ergeben.

Herr Giersch antwortete auf die Frage von Herrn Funke, daß die Stadt natürlich schon mit Krupp entsprechende Gespräche geführt habe. Hiernach sei ganz klar festzustellen, daß das Gelände derzeit nicht für vergleichbare Neuansiedlungen genutzt werden könne. Eine Gesamtkonzeption für die künftige Nutzung würde noch erarbeitet.

Herr Geeven sagte zur Frage von Herrn Funke, daß man das Jägerloch nicht mit dem Biotop Duisburger Wald oder der Walsumer Rheinaue vergleichen könne. So haben diese z. B. eine ganz andere Qualität und Wertigkeit in ihrer Schutzwürdigkeit als das Jägerloch.

Von daher gesehen ließe sich diese Frage nicht beantworten, ob es eine analoge Fläche in dieser Dimension gebe.

Herr Schürmann - Ortsvereinsvorsitzender CDU in Neuenkamp - hält eine Industrienutzung für dieses Gelände für fraglich, da seines Wissens nach hier seinerzeit u. a. auch gefährliche Güter z. B. Fässer der Fa. Sachtleben abgelagert wurden.

Herr Dr. Bähr sagte zu den Altlasten, es sei der Stadt bekannt, daß hier Hausmüll und Bauschutt gekippt wurde, möglicherweise könne aber auch zusätzlich unkontrollierter Industriemüll eingebracht worden sein.

Konkrete Untersuchungen laufen zur Zeit noch. Hierbei werde bis auf den gewachsenen Boden gebohrt bzw. untersucht. Diese Untersuchungen würden in Abstimmung mit dem Staatl. Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft in Düsseldorf erfolgen.

Zum Thema "Drängewasser" führte er aus, daß durch die Anschüttung des Jägerlochgeländes die Drängewassersituation im übrigen Neuenkamp/Kaßlerfeld in keiner Weise beeinflußt werde, da die hydrologischen Gegebenheiten unverändert bleiben.

Herr Martel jun. hielt es für bedenklich, hier kurzfristig Industriebetriebe anzusiedeln, obwohl z. B. das Problem der Altlasten und auch das Verkehrsproblem noch nicht endgültig untersucht worden seien.

Herr Giersch sagte hierzu, es sei ein normales Verfahren, den Bürgern frühzeitig die beabsichtigte Planung vorzustellen und mit ihnen zu diskutieren. Die Hinweise der Bürger auf eventl. vorhandene Schuttmaterialien würden von der Verwaltung dankbar entgegengenommen.

Letztendlich seien, wie Herr Dr. Bähr bereits erklärt habe, entsprechende Altlastenuntersuchungen im Gange. Ein endgültiges Ergebnis dieser Untersuchung werde dann zeigen, ob die beabsichtigte Nutzung möglich sei oder nicht. Dieses Ergebnis sei dann Voraussetzung für den späteren Satzungsbeschluß dieses Bebauungsplanes. Schließlich müsse der Bebauungsplan auch noch dem Regierungspräsidenten mit entsprechenden konkreten Ergebnissen zur Genehmigung vorgelegt werden.

Einige Bürger gingen nochmals auf die nach ihrer Meinung fragwürdige Bewertung der Schutzwürdigkeit des Biotops Jägerloch ein. Wer beurteile die Schutzwürdigkeit?

Herr Giersch beantwortete diese Frage dahingehend, daß die Verwaltung für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit des Bereiches neben den Ergebnissen der eigenen Ermittlungen auch zusätzlich das Biotopkataster der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) herangezogen hat. Die LÖLF legt ihren Untersuchungen landeseinheitliche Bewertungsmaßstäbe - frei von subjektiven Einschätzungen - zugrunde. Der Bereich Jägerloch sei, wie bereits erläutert, nicht in das Biotopkataster der LÖLF aufgenommen worden. Ihm komme daher auch aus dieser Sicht kein besonderer Schutzwert zu.

Die Stadt Duisburg habe auf die Beurteilung der LÖLF keinerlei Einfluß. Es sei jedoch unstrittig, daß das Jägerloch, wie auch bei vielen anderen Freiflächen, vor Ort für die umliegenden Bewohner einen verständlicherweise subjektiven Wert habe.

Dieses ändere letztendlich nichts an der Tatsache, daß hier ein Abwägungsprozeß stattfinden müsse.

Herr Offergeld regte an, den Bebauungsplan in seinem nördlichen Bereich dahingehend zu reduzieren, daß die nördliche Plangebietsgrenze an den landseitigen Böschungsfuß des Ruhrdeiches gelegt werde. Hierdurch würden sich die Befürchtungen hinsichtlich eines Ladevorgangs bzw. Hafenan schlusses erübrigen.

Herr Ackermann entgegnete hierauf, daß gerade durch die Einbeziehung des Ruhrdeiches sowie der vorhandenen Waldflächen in den Bebauungsplan und den hierfür getroffenen planungsrechtlichen Festsetzungen gesichert sei, daß hier keine Ladevorgänge stattfinden können.

Der Anregung könne deshalb gefolgt werden.

Hiernach wurden von den Bürgern keine weiteren Wünsche und Vorstellungen zur vorliegenden Planung geäußert.

Anlage 1.1 zur DS 6458/2

Korrigierte Grenze der Verbandsgrünfläche

Neue Baugrenze

Neue Grenze der 25m - Waldschutzzone

Auszug
aus dem
Bebauungsplan Nr. 534
-Kaßlerfeld -
zur Änderung Nr. 1 u. 5

M. 1:1000



Anlage 1.2 zur DS 6458/2

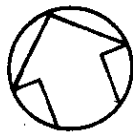
Fl.12

Straße NS5

Neue Baugrenze

Auszug
aus dem
Bebauungsplan Nr. 534
-Kaßlerfeld -
zur Änderung Nr. 2

M. 1:1000



Straße NS 5

3,0

27,2

3,0

3,0

gem. § 2 der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauteilpläne und die Darstellung des Fließplans vom 30. Juli 1991

Änderung
siehe Anlage 1.2

Fläche für die Landwirtschaft

Verbandsgrünfläche Duisburg Nr. 9

Wald

Jägerloch

Gleis

Bau

Änderung siehe Anlage 1.2

Änderung
siehe Anlage 1.2

Bürotag: die

Blade for Pinnatophyllon (Palumbo: 1990)

Nachrichtliche Übernahmen		Vermerke
60 m	Anbauerschöpfung	Vergrößerte Darstellung Nr. 9
	(Bundesratsentscheidung)	--- Grenze der Vergrößerte Größe
100 m	Arbeitserschöpfung	--- Bleichgefäß des ursprünglichen Decks
Adh.	Grenze der Deutschen Reichs- Deutschlandvermittlung vom 10. 10. 1938	Grundbesitzvermittlung mit Sicherungszonen
o. o. o.	Grenze der Weltwirtschaftszone (R. d. E. Kommunikations- und Verkehrs- Einrichtung (Landwirtschaft u. Forsten))	Sehe "Teilliche Festsetzungen" 10.2
①	Landwirtschaftszugabe	
②	Grenze der Landwirtschaftszugabe	

Textliche Festsetzungen

- [illegible]

Änderung
siehe Anlage 1.3

Änderungen
siehe Anlage 1.1

[illegible]

Beitrag des
der Bundeskanzlerin
in Vertretung
(Kriegs)

Der Rat der Stadt hat am ... von § 2 (1) Beschlüssen
die Einrichtung eines Hyposensoren-Infotextes beschlossen.

Bezeichnung, des

der Geschäftsfallnummer

in Partitions

(Kategorie)

Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde am . . . gemäß § 2 (1)
Bürgermeister öffentlich bekannt gemacht.

Goldberg, Dan
Re: Stenotillatopis
in Vertebrata
(3-eggs)

Bei der Stadt hat am nach § 1 (1) Bürgersteuer
bestanden, eine Bürgerbeteiligung nicht durchgeführt

Bezeichnung des

der Geschäftsstelle:

in Verbindung

(Eigenschaft)

Ein Bescheid des Rates der Stadt nach § 2 (1) Bauordnungswb
wird nicht erteilt.

Beilage, des
Der Oberstaatsanwalt
in Vernehmung
(Siegel)

Der Ruf der Stadt hat sich stark erhöht infolge der Ungewöhnlichkeit dieser Schneeeingänge - ist erwartet und ohne zusätzliche Bearbeitung beendet.

Schlager, den

Der Oberstaatsanwalt
in Vernehmung

[Stenot]

Die vorstehende Erklärung ist im Zusammenhang mit der nachstehenden
Glaubensmeinung / nicht feststehenden / haben sich § 1 (2) 1 (a)

Bezugnehmend auf die oben stichpunktartig in der Zeit vom 19. 11. 1964 ...

... eingehendste zu jeder einzelnen Tätigkeit Mitarbeiter beauftragt.

Dresden, den

Der Oberstadtdirektor

in Vertretung

[Unterschrift]

Der Teil der Stadt bei km ... nach § 14 Baugesetzbuch diese
Schnellverkehrsabschnitt des Bahnhofs ist ... Fortw.

sowie die Aufhebung der Festsetzungen, die einem Angehörigen
 entgegensteht (als Aufhebungsvermerk) als Geltung bestätigen.

 Dieberg des

 Der Oberstaatsanwalt
 im Verfahren

 (Eingab)

Vierter Schutzbegriffen hat mir im Zusammenhang mit dem § 11 Abs. 3
Bauverordnungsverfahren.

Mit Vorlegung von
 habe ich seine Geschäftsräume gesehnd besucht.

 Unterschrift von

 Der Buchungsprüfer
 im Auftrag
 (.....)

Entwurf
Änderungen vorbehalten

Textliche Festsetzungen

- I. Art und Maß der baulichen Nutzung auf den überbaubaren und nicht überbaubaren Grundstücksflächen
1. Gemäß § 1 Abs. 9 i.V.m. § 1 Abs. 5 der Baunutzungsverordnung (BaunVO) sind
- a) im gesamten Gle-Gebiet die in der "Abstandsliste" zum Abstandserlaß (RdErl. d. Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales - III 86 - 8804.25 - vom 09.07.1982) aufgeführten Betriebsarten der Abstandsklassen I, II, III und IV sowie Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad nicht zulässig und
- b) zusätzlich in dem mit (A) bezeichneten 200 m tiefen Bereich, parallel zur A 2/E 3, die in der genannten "Abstandsliste" aufgeführten Betriebsarten der Abstandsklasse V sowie Anlagen mit ähnlichem Emissionsgrad nicht zulässig.
- II. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
1. Aufgrund des durch Hochwasser zu erwartende Drängewassers ist das Gelände des Gle-Gebietes auf ein Niveau von 28,00 m ü. NN \pm 0,5 m aufzufüllen.
- III. Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB
- + folgende ++ anzupflanzen:
1. In den durch die Geländeanschlüttung entstehenden Böschungs-
bereichen sind standortgerechte heimische Laubgehölze wie Hain-
buche, Haselnuß, Hartriegel, Liguster, Weide, Pfaffenhütchen
und Weißdorn ~~anzupflanzen.~~

Auszug
aus dem
Bebauungsplan Nr. 534
-Kaßlerfeld -
zur Änderung Nr. 6

M. 1:1000

